

stachlige ARGUMENTE



Nr 177 / Februar 2010
Zeitschrift des
Landesverbandes Berlin

Gentrifizierung Kampf um den Raum

PARTEILEBEN
Grüne in Neukölln

MENSCHEN UND ZEITEN
Wowi - ein Wintermärchen

DEBATTE
Babyklappen

kiez

Titelthema

- 4 Kampf um den Raum**
von Hartmut Häußermann
- 8 Leitbild einer gemischten Stadt**
Gespräch mit Reiner Wild
- 10 Ureinwohner vom Wrangelkiez oder Boxhagener Platz bald nur noch im Kino**
von Christian Ströbele und Katrin Schmidberger
- 12 Aufwertung ohne Verdrängung**
von Franziska Eichstädt-Bohlig
- 15 Wohnprojekte für Revoluzzer**
von Franziska Eichstädt-Bohlig
- 16 Kein Geld, kein Kauf, kein Tausch**
von Katrin Schmidberger und Ronald Wenke
- 18 Gegen die Angst, sich seinen Kiez nicht mehr leisten zu können**
Gespräch mit Hanna Schumacher
- Parteileben**
- 20 Grüne Neukölln - ein Erfolg in schwerem Terrain**
von Oliver Münchoff und Nicole Holtz
- 24 Warum Lisa Treppen schätzt**
Gespräch mit Lisa Paus
- 26 Für Berlin ans Werk**
von Irma Franke-Dressler und Stefan Gelbhaar
- 28 Neues aus Europa**
Neues aus dem Abgeordnetenhaus
- 29 Neues aus der Kommandantur**
Neues aus der Dirschauer



Debatte

- 30 Den Kapitalismus zu transformieren**
von Lukas Beckmann
- 32 Eins für Alle**
von Eva Bell
- 34 Klappe zu?**
von Arne Haeger
- 36 Protest & Partizipation**
Gespräch mit Alec von Graffenried
- 38 Direkte Demokratie als Allheilmittel?**
von Arne Haeger
Mehr Direkte Demokratie - unbedingt!
von Christine Dörner

Menschen und Zeiten

- 40 Mission gescheitert, Kontakte geknüpft**
von Djuke Nickelsen
- 44 Wowi - ein Wintermärchen**
von Jürgen Roth
- 46 Zwischen Wahl und Skandal**
von Arne Haeger
- 48 Kopf des Quartals - Hans-Werner Franz**
von André Stephan
- 49 Dresden: Mit 10 000 Menschen Nazi-Aufmarsch verhindert**
von Daniel Gollasch
- 50 Kolumne Grüner Leben**
von Holger Michel
- 51 Leserbrief/Impressum**

angestachelt!

Schwerpunkt dieses Heftes ist die Gentrifizierung, umgangssprachlich auch Yuppisierung genannt, also der Prozess der Aufwertung von zumeist innenstadtnahen, ehemals marginalisierten Wohnvierteln. Die Ergebnisse dieser Entwicklung sind ambivalent: einerseits verbinden sich damit soziale Probleme wie die Verdrängung von einkommensschwachen Bevölkerungsschichten aus Innenstadtbereichen, andererseits wird der Verfall gestoppt und das Viertel attraktiver. In Berlin betrifft es Quartiere wie

den Kollwitzkiez im südlichen Prenzlauer Berg die Spandauer Vorstadt in Mitte den Gräfekiez in Kreuzberg die Simon-Dach-Straße und das Samariterviertel in Berlin-Friedrichshain den Reuterkiez in Neukölln.

In einem Interview nimmt der Chef des Berliner Mietervereins Reiner Wild Stellung zu der Entwicklung des Wohnungsmarktes in der Stadt und beschreibt die aktuellen Probleme.

Ein weiteres Thema ist die Vielfalt der Siegel zu Umwelt und Sozialverträglichkeit. Fair Trade, Blauer Umweltengel, diverse Bio-Siegel, mittlerweile gibt es 75 unterschiedliche Siegel. Wer soll sich da noch zurechtfinden und wäre ein Nachhaltigkeitssiegel nicht besser?

Aufgenommen wird einmal wieder die Frage nach der Direkten Demokratie. Angesichts von Abstimmungsergebnissen bei Volksentscheiden, die den Grünen nicht gefallen, wie das Minarettverbot in der Schweiz, entflammt die Debatte neu.

Auch in dieser Ausgabe setzen wir die Berichte über das Parteileben fort. In unserer Reportagereihe über die Berliner grünen Kreisverbände berichten wir über die Arbeit und Erfolge der Neuköllner in einem schwierigen Umfeld. In Berlin wirft der Wahlkampf 2011 seine Schatten voraus, die Entwicklung des Wahlprogramms beginnt jetzt, indem Themenwerkstätten eingerichtet werden.

Der Start der neuen Regierung ist mehr als mißglückt, die ehemalige Wunschkoalition zerfleischt sich und die FDP entpuppt sich als vulgärliberale Klientelpartei. In den Meinungsumfragen befindet sich die FDP im freien Fall. Das bisherige Reformtempo hat die FDP von 14,6 auf 8% gebracht, und das in nur 100 Tagen. Bis zur NRW-Wahl sind es noch mal knapp 100 Tage. Also: gebt Gas, Jungs!

Die Stachligen Argumente präsentieren sich in dieser Ausgabe in einer neuen Optik. Wir werden bunter und die Zeitschrift bekommt wieder einen Umschlag, der den Namen verdient. Wir hoffen, es gefällt.

*Christine Dörner, Katrin Langenbein und Ronald Wenke
Redaktion Stachlige Argumente*

Titelbild © Mirko Raatz / Fotolia

Kampf um den Raum

von Prof. Dr. Häußermann

Mit dem Begriff Gentrifizierung (Gentrification) wird die „Aufwertung“ von Wohnquartieren bezeichnet. „Aufwertung“ bedeutet in diesem Zusammenhang zweierlei: Modernisierung, also Erhöhung des Standards einer Wohnung einerseits und die Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Bewohnerschaft in Richtung höherer Einkommen und eines höheren Bildungsstandes andererseits.



© hugo333 / Photocase

So allgemein gefasst wäre Gentrification ein säkularer Prozess im Zuge des Wandels von modernen Gesellschaften, denn der Wohnungsbestand wird laufend verbessert, der durchschnittliche Bildungsstand wird höher und das Einkommensniveau der Bevölkerung steigt. Problematisch wird dieser Prozess dadurch, dass er sozial und räumlich ungleich verläuft: Die Einkommensungleichheit der städtischen Bevölkerung nimmt zu und Modernisierungsinvestitionen finden auch nicht überall in gleichem Maße statt. In jeder Stadt gibt es Quartiere mit hohen und niedrigen Mieten und die unterschiedlichen Quartiere werden von unterschiedlichen Einkommensgruppen bewohnt.

Das Wohnungsangebot in einer Stadt kann nach der durchschnittlichen Miethöhe in verschiedene Segmente eingeteilt werden. Gentrification bewirkt, dass **das Wohnungsangebot in einem Quartier von einem niedrigen Preissegment in ein höheres transformiert** wird.

Politisch brisant wird dies, wenn sich die Wohnmöglichkeiten durch die Verteuerung der Mieten in einem bestimmten Gebiet für Haushalte mit unterdurchschnittlichen Einkommen vermindern und ein rascher sozialer Wandel die Folge ist. Das ist gemeint, wenn von „Verdrängung“ die Rede ist. Verdrängt werden einzelne Haushalte aus einer bestimmten Wohnung nur selten, wenn die Bewohner ihre Rechte kennen und diese auch geltend machen. Eine starke Erhöhung der Mieten kann aber beim Mieterwechsel vorgenommen werden. Verdrängt werden also nicht sogenannte „angestammte Mieter“, sondern eine niedrige Einkommenschicht. In Quartieren, in denen die Mieter häufig wechseln, kann sich Gentrification daher rascher vollziehen als in Quartieren, wo wenig Bewegung zu beobachten ist.

„Verdrängung“ heißt, dass hier ein Machtkampf stattfindet, das heißt, dass eine Konkurrenz um Wohnmöglichkeiten in einem Quartier zwischen Haushalten mit ungleichen Ressourcen besteht. In einer Marktwirtschaft entscheidet dann vor allem die Verfügung über Geld, wer zu den Gewinnern und wer zu den Verlierern zählt. Und das ist der Knackpunkt in solchen Quartieren, wo sich über längere Zeiträume ein bestimmtes Milieu bzw. eine „alternative“ Stadtteilkultur herausgebildet hat, der durch ökonomische Macht der Boden entzogen wird.

Solche „**Kämpfe um den Raum**“ finden üblicherweise in den innenstadtnahen Altbauquartieren der großen Städte statt. In diese sind, nachdem die früheren Bewohner

(Arbeiter und kleine Angestellte), soweit sie es sich leisten konnten, in die Neubaugebiete oder ins Eigenheim am Stadtrand umgezogen waren, Studenten, Künstler oder kulturelle Aktivisten zugezogen und haben eine Szene aus Gastronomie, Gewerbe und Kulturangeboten geschaffen, die sich in ihrer Vielfalt und in ihrer experimentellen Phantasie deutlich vom Mainstream des durchschnittlichen Infrastrukturangebots in der Innenstadt oder den Einkaufszentren unterscheidet. Ungenutzte Läden, Gewerberäume in den Hinterhöfen und billige Wohnungen boten dafür die räumlichen Gelegenheiten. Von den Ordnung und Sauberkeit liebenden Einheimischen wurden diese Viertel gemieden. Daher waren sie auch bevorzugte Wohnorte für Migranten, die ja immer das nehmen mussten, was ihnen die einheimische Bevölkerung übrig ließ. Als Reste aus dem 19. Jahrhundert boten sie Nischen, in denen sich eine politisch oder kulturell kreative Energie entfalten konnte.

„Szene“ und Migranten konnten nebeneinander her leben, ohne viel miteinander zu tun zu haben. Aber so entstand eine **lebendige und meist multikulturelle Mischung**, die den Vorstellungen von einem urbanen Quartier sehr viel näher kommt, als es in den reinen Wohngebieten der Fall ist, die nach dem II. Weltkrieg entstanden sind und die inzwischen das Wohnungsangebot in den Städten deutlich dominieren.

Zur Konkurrenz, zum „Kampf um den Raum“ in den Altbaugebieten, kam es durch den Wandel der Lebensstile auch bei den (höheren) Einkommenschichten, für die früher nach dem Abschluss der (gehobenen) Berufsausbildung die Gründung einer Familie und der Umzug in ein Familienheim selbstverständlich war. Dort waltete im Stillen die Hausfrau, der Mann pendelte zur Arbeit in die Stadt und brachte das Geld nach Hause. Dieses Wohnmodell hat inzwischen durch eine starke Ausdifferenzierung von Lebensstilen und durch die damit verbundene Emanzipation der Frau erheblich an Bedeutung verloren. Dieses Hausfrauenmodell ist zum Auslaufmodell geworden.

Die Abiturrate ist unter Frauen inzwischen sogar höher als unter Männern – und unter veränderten Arbeitsmarktbedingungen hangeln sie sich oft ebenso von einem prekären Arbeitsverhältnis zum nächsten wie ihre Lebenspartner. Die persönlichen Arrangements werden dadurch ebenso prekär. Langfristige Planung ist kaum noch möglich, die Verwobenheit in berufsorientierte Kommunikationsnetze dagegen oft existenznotwendig. Daher hat die Zahl derer

zugenommen, die eine Wohnung in den multifunktionalen, innerstädtischen Altbaugebieten suchen – und es ist nicht mehr primär das Einkommen, das für die Wahl der Wohngegend entscheidend ist.

Zudem nehmen in den großen Städten diejenigen Berufspositionen zu, in denen man bereits in jungen Jahren viel Geld verdienen kann – wenn auch nicht immer dauerhaft. Die Zahl der Jobs in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Rechts- und Unternehmensberatung, Kultur und Publizistik sowie Werbung und digitale Medien wachsen in den Städten am schnellsten – auch in Berlin.

Und nun treffen mit der Präferenz für urbane Viertel ähnliche Lebensstile mit unterschiedlicher Finanzausstattung aufeinander. Für Investoren ist das ein gefundenes Fressen: Sie können in die alten Mietshäuser investieren und wissen, dass sich später eine zahlungsfähige und zahlungsbereite Nachfrage findet, die diese Investitionen rentabel macht. Der Wandel, der durch die Szene herbeigeführt wurde, wird nun von den Eigentümern bzw. Investoren aufgegriffen und forciert, indem sie mit legalen und oft auch nicht ganz legalen Mitteln die ärmeren Pionier-Bewohner loswerden wollen, den Bestand massiv aufwerten und anschließend an Bewohner mit höheren Einkommen vermieten.

Das kulturelle Kapital der ersten Aufwertungsgeneration ist dem ökonomischen Kapital der beruflich Erfolgreichen unterlegen. **Die kulturelle Revolution der Viertel frisst ihre Kinder.** Diese haben den Weg in einen neuen Verwertungszyklus geebnet, können ihn aber nicht mehr mitgehen.

Wo das der Fall ist, entstehen öffentliche Konfliktzonen. Denn die, deren Wohn- und Aktionsräume nun bedroht sind, sind nicht auf den Mund gefallen. Auf ihre kulturelle Leistung, aus einem von der Mehrheit gemiedenen Quartier ein für nicht-bürgerliche Minderheiten attraktives geschaffen zu haben, können sie stolz sein. Aber ihre Räume verengen sich und ihre Kultur wird verdrängt. Dass mit dieser Verdrängung auch eine Verschiebung der für arme Haushalte zugänglichen Wohnorte verbunden ist, macht die Gentrification zu einem sozialpolitischen Skandalon. Denn diese werden in eher peripher gelegene Gegenden abgeschoben, wo sie immer mehr unter sich bleiben müssen. Die Armut wandert an den Rand. Die Stadt wird so stärker fragmentiert und polarisiert.

Die Aufwertung von Quartieren hat zwei Seiten: Einerseits geht es um den berechtigten Wunsch von Mietern, in einer Wohnung und Umgebung, in denen sie bleiben wollen, auch bleiben zu können. Unsere Rechtsordnung



© Friedberg / Fotolia

kennt aber kein „**Recht auf Immobilität**“, das heißt, dass niemand verlangen kann, bei vorhandenem Wohnungsstandard mit niedriger Miete wohnen bleiben zu können. Die Eigentümer haben das Recht, eine Wohnung auf ein „zeitgemäßes“ Niveau auch gegen den Willen der Mieter zu modernisieren und dafür die Kosten auf die Miete umzulegen. Außerdem hat der Eigentümer das Recht auf Kündigung bei „Eigenbedarf“ – ein, wie wir inzwischen wissen, recht flexibel einsetzbares Instrument zur Vertreibung von unerwünschten Mietern.

Andererseits ist eine sozial ausgewogene Sozialstruktur innerhalb der Stadt das Thema. Dabei gibt es ein öffentliches Interesse daran, hohe Konzentrationen von Haushalten mit multiplen sozialen Problemen zu vermeiden, um keine Quartiere entstehen zu lassen, die zur sozialen Ausgrenzung ihrer Bewohner beitragen. Wenn die Stadtpolitik aus diesem Grund und auch, weil die Kaufkraft dieser Bewohner zu einem Angebot in den Läden und bei Dienstleistungen beiträgt, das für alle nutzbar ist, den Zuzug von Menschen mit höheren Einkommen und höherem Bildungsstand akzeptiert, so sollte sie dies nur tun, wenn gleichzeitig für Wohnmöglichkeiten für unterprivilegierte Haushalte in allen Teilen der Stadt gesorgt wird. Das wäre z.B. durch den Neubau von öffentlich geförderten Wohnungen, durch eine gezielte Belegungspolitik der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften auch in attraktiven Wohngebieten oder durch die Förderung von Selbsthilfe bzw. Baugenossenschaften möglich.

Eine Begrenzung der Mietsteigerungen bei Neuvermietung wird inzwischen von allen Parteien links von der Mitte gefordert, um Gentrification zu verhindern. Investitionen sollen dadurch weniger rentabel werden. Das aber dürfte bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag und im Bundesrat auf absehbare Zeit ein frommer Wunsch bleiben. Daher steht die Quartierspolitik vor einem ähnlichen Dilemma wie der Zauberlehrling in Goethes Gedicht, aus dem es bisher keinen überzeugenden Ausweg gibt: Wird mit guten Gründen und guten Absichten die Modernisierungs- und Neubautätigkeit in einem bisher von sozialen Problemen dominierten Gebiet erfolgreich angereizt, gibt es kaum mehr Möglichkeiten, den in Gang gekommenen Aufwärtstrend zu steuern, um eine durchgängige Gentrification zu vermeiden. Die Widersprüche zwischen einer an den Bedürfnissen bedürftiger Haushalte orientierten Quartiersentwicklung und einer Steuerung der Wohnungsversorgung vor allem über Marktprozesse stellen immer wieder eine Herausforderung dar, für die es keine Patentlösung gibt.

Prof. Dr. Hartmut Häußermann ist Professor für Regional- und Stadtsoziologie

Leitbild einer gemischten Stadt

Reiner Wild ist seit wenigen Wochen neuer Hauptgeschäftsführer des Berliner Mietervereins. Mit den Stachligen Argumenten sprach das langjährige Grünen-Mitglied über "ganz normale" Mietsteigerungen, den Beitrag grüner Politik zur Verdrängung von Menschen und seine Forderungen an die Berliner Politik.

Stachlige Argumente:

Gentrifizierung: Ein Modewort für die Aufwertung von Kiezen insbesondere in der Innenstadt und die damit einhergehende Verdrängung einkommensschwacher Haushalte, die sich steigende Mieten nicht leisten können. Eine dramatische Situation oder dramatisch überbewertet?

Reiner Wild:

Wir müssen bei der Bewertung von Stadtentwicklungsprozessen vorsichtig sein. Gentrifizierung meint zunächst einmal, dass dem Zuzug von bestimmten Pionieren - Künstlern, Studenten, Alternativen - eine Veränderung der Infrastruktur folgt. Es entstehen Cafés, Kneipen, kulturelle Angebote und ein besonderer Einzelhandel. Erst in einer zweiten Welle findet auch eine bauliche Aufwertung in den Quartieren statt. Und diese bauliche Aufwertung führt zu höheren Mieten, die wiederum die angestammte Bevölkerung und oft auch die ersten Pioniere nicht mehr tragen können. Auf der anderen Seite gibt es allerdings auch eine kulturelle Verdrängung, weil die neue Kiezkultur von Teilen der Bewohner nicht geliebt wird und diese sich nicht mehr willkommen fühlt.

Stachlige Argumente:

Der Prozess der Gentrifizierung, wie Du ihn beschreibst, ist ja von vielen Grünen auch gewünscht: Wohnumfeldverbesserung mit Grünan-

lagen, Verkehrsberuhigung oder Kinderspielplätzen sind Kern grüner Stadtentwicklungspolitik.

Reiner Wild:

Hinter einer behutsamen Entwicklung steckt das Leitbild einer gemischten Stadt. Von dieser Entwicklung erhoffen wir uns, dass zumindest ein Großteil der ansässigen Bevölkerung an diesen Verbesserungen teilnimmt und diese nicht nur den Neuankömmlingen zu Gute kommt. Wir benötigen Quartiersentwicklung. Die Konzentration der Debatte auf einige wenige Viertel mit einer sehr schnellen Entwicklung zu Lasten der Alteingesessenen verzerrt - es gibt auch viele Quartiere, die eher das umgekehrte Problem haben. Zu wenig Entwicklung und damit Stagnation. Wir brauchen eine behutsame Stadtentwicklung, die sich auch an den Bedürfnissen der ansässigen Bevölkerung orientiert. Das ist in Berlin vielfach nicht der Fall.

Unabhängig von einer Gentrifizierung haben wir eine Entwicklung in Innenstadtbereichen, in denen eine Verdrängung über Neuvermietung stattfindet. Hier ist gar nicht erforderlich, dass eine Aufwertung der Wohnungsbestände durch eine teure Modernisierung stattfindet. Hier führt allein die gesteigerte Nachfrage bei Neuabschlüssen zu hohen Mieten. Daraus folgt nicht automatisch, dass die angestammten Mieter ihren

Kiez verlassen müssten. Allerdings neigen Vermieter, die bei Neuvermietung hohe Abschlüsse erzielen, natürlich auch dazu, Mietsteigerungen im Bestand durchsetzen zu wollen. Studien zeigen uns: Schon die „ganz normale“ Mietsteigerung führt zu einer Verarmung der Bevölkerung.

Stachlige Argumente:

Es gibt die Forderung, die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen im Bestand von jetzt 20 Prozent in drei Jahren auf 15 Prozent zu senken.

Reiner Wild:

Wir brauchen aus Sicht des Mietervereins eine Bundesratsinitiative, die zwei Punkte beinhaltet: Zum einen sollen bei bestehenden Mietverträgen die Mieterhöhungen innerhalb von drei Jahren bei 15 Prozent gekappt werden. Zum anderen brauchen wir eine Regelung, die die Ausreißer bei Neuvermietungen kappt. Berlin sollte über den Bundesrat eine Initiative starten und sich in den anderen Ballungsgebieten wie Hamburg, München oder Köln Verbündete suchen. Dort sind die Probleme nicht grundsätzlich anders gelagert. Das wäre auch eine Aufgabe der politischen Parteien.

Stachlige Argumente:

Es gibt den Beginn von Wohnungsnot in Berlin. Nach Schätzungen liegen wir momentan sogar nur bei einer 98-prozentigen Bedarfsdeckung. Brauchen wir wieder eine

aktive städtische Wohnungspolitik - Neubau und Zukauf?

Reiner Wild:

Die Wohnungsversorgung ist innerhalb von Berlin sehr unterschiedlich. Eine angespannte Situation besteht vor allem innerhalb des S-Bahn-Ringes. Hier entsteht Druck auf den Markt, was zu Mietsteigerungen führt. Es ist richtig, dass die städtischen Wohnungsunternehmen mehr in die Pflicht genommen werden müssen, die soziale Wohnraumversorgung zu gewährleisten. Allerdings liegen die Bestände der Unternehmen gerade nicht in den Quartieren, in denen der Druck steigt, sondern eher am innerstädtischen Rand. Gleichwohl sollen die städtischen Wohnungsunternehmen ein Korrektiv darstellen. Die städtischen Unternehmen sollen Mieterhöhungen beim Mietspiegelmittelwert kappen, eine behutsame Modernisierung verfolgen und bei Neuvermietungen nicht mehr als 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete verlangen.

Stachlige Argumente:

Stichwort Modernisierung: Ein Herzensanliegen der Grünen ist die energetische Sanierung des Wohnungsbestandes.

Das führt auch zu Mietsteigerungen. Der Nutzen der energetischen Sanierung amortisiert sich im Zweifel erst über mehrere Jahre, wenn der aktuelle Mieter längst nicht mehr im Objekt wohnt.

Reiner Wild:

Als Mieterorganisationen stehen wir angesichts der Energiepreisentwicklung mit dem Rücken zur Wand. Auch wenn die Vorteile einer energetischen Sanierung erst nach einigen Jahren voll zum Tragen kommt - wir müssen bei der Reduzierung des fossilen Energieverbrauchs aktiv werden! Deswegen fordern wir die Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes für Berlin. Richtig ist, dass auf Grund der Einkommenssituation in Berlin für viele eine Modernisierungswelle zu Problemen führen wird. Wir brauchen weitere finanzielle Hilfen: Etwa

einen Klimabonus für ALG-II-Empfänger, damit diese nicht auf Grund von energetischer Sanierung ihre Wohnungen aufgeben müssen. Außerdem wollen wir ein Investitionsanreizprogramm - eine Art Abwrackprämie für alte Heizkessel - und eine soziale Abfederung für Menschen mit geringem Einkommen. Hier muss der Senat tätig werden.

**Stachlige Argumente:
Herzlichen Dank für Deine Zeit!**

*Die Fragen stellte
Ronald Wenke*

Ureinwohner vom Wrangelkiez oder Boxhagener Platz bald nur noch im Kino

von Christian Ströbele und Katrin Schmidberger

Kreuzberg-Friedrichshain in der Krise. Der Berliner Mieterverein berichtet über drastische Mietsteigerungen, bei Neuvermietungen sogar um 50 Prozent. Soziale Stadtentwicklung braucht Steuerungsinstrumente.

Auf den Berliner Filmfestspielen macht ein Film über das Leben am Boxi Furore. Und derweil haben Vertreter der Immobilienbranche Grund zur Freude. In den nächsten 10 bis 15 Jahren könnten sich die Mieten im Bezirk verdoppeln. Rund um die Kreuzberger Bergmannstraße werden derzeit Miethöhen von mehr als 7 Euro pro Quadratmeter netto-kalt abgeschlossen – oft das Doppelte der entsprechenden Mietspiegelmiete. Eine Entwicklung mit drastischen Folgen: Denn bereits heute geben die Bewohner in diesem Bezirk 35 Prozent vom Durchschnittseinkommen für Wohnen aus – Tendenz steigend. Zum Vergleich: in Mitte sind es 33,5, der Berliner Durchschnitt liegt bei 28 Prozent.

In Friedrichshain-Kreuzberg ist die Bevölkerungsdichte eine der höchsten in ganz Europa. Gleichzeitig gehört das Durchschnittseinkommen zum niedrigsten im gesamten Bundesgebiet. Eine vom Bezirksamt in Auftrag gegebene Studie des Planungsbüros Topos hat einige Kreuzberger Kieze genauer unter die Lupe genommen. Im Ergebnis zeigt sich, dass günstiger Wohnraum für Geringverdienende in SO 36 immer knapper wird. Das Einkommen der Zuziehenden liegt in einigen Quartieren durchschnittlich ein Drittel über dem der Ureinwohner oder Altmietler.

In Friedrichshain-Kreuzberg vollzieht sich mithin eine Entwicklung, die in Stadtteilen wie Mitte oder dem Prenzlauer Berg bereits seit etlichen Jahren Fakten geschaffen hat: Einkommensschwache Bevölkerung wird verdrängt und zunehmend sozial ausgegrenzt. Altmietlerinnen und Mieter sind empört. Protest formiert sich auf der Straße. Leute aus Prenzlauer Berg ziehen in den Nachbarbezirk Kreuzberg-Friedrichshain, während viele aus Kreuzberg-Friedrichshain auf der Suche nach bezahlbarem Mietraum in den Nachbarbezirk Neukölln abwandern.

Besonders drastisch sind die Erhöhungen bei Neuvermietungen. Sie verursachen hauptsächlich die Misere. Die Studie identifiziert in den Milieuschutzgebieten die neuen

Mietverträge als „Einfallstor für Mietpreissteigerungen“: Während die Mieten in Kreuzberg 36 noch zu Beginn der 90er Jahre oft unter dem Mietpreisspiegel lagen, liegen sie nun oft darüber. In den Kiezen um die Reichenberger Straße, im Graefekiez und rund um die Bergmannstraße sind zusätzlich „Aufwertungstendenzen“ zu beobachten.

Insbesondere bei Neuvermietungen liegt der Durchschnittspreis nun bei 6,50 Euro netto kalt pro Quadratmeter. Für Personen, die auf ALG-II Zahlungen angewiesen sind, verschärft sich das Problem, da sie befürchten müssen, dass die Mietsteigerungen demnächst über dem „vom Amt“ erlaubten Satz liegen. Die Kehrseite dieser Entwicklung sind Kieze, die sich weiter in der Abwärtsspirale befinden. Sie drohen zu „verelenden“. In anderen Bezirken Berlins, wie in Pankow und dort am Prenzlauer Berg, aber auch in Mitte sind solche Entwicklungen teilweise schon besonders fortgeschritten. Auch dort wird zunehmend protestiert. Zu Recht.

In ganz Berlin gibt es immer mehr Haushalte, doch nicht dem entsprechend auch mehr Wohnungen. Die Mieten stiegen 2007 auf 2008 nochmals um sechs Prozent. Auch bundesweit sind Mieter und Mieterinnen vor allem in vielen Ballungsgebieten der Großstädte wegen teils rasanten Steigerungen von Grundmieten und Nebenkosten Verdrängungsdruck ausgesetzt. So werden gewachsene Bevölkerungsstrukturen zerstört. Soziale Probleme sind häufig die Folge. Kommunalpolitiker sehen sich weitgehend machtlos solchen Entwicklungen gegenüber. Die Bevölkerung verlangt Änderungen, aber ihnen fehlen die rechtlichen Möglichkeiten.

Die Politik muss nicht nur die Versorgung der einkommensschwachen Bevölkerung mit Wohnraum sichern, sondern auch ein Mindestmaß an gewachsener traditioneller sozialer Mischung der Bevölkerung in den einzelnen Bezirken und Kiezen erhalten. Mieten müssen bezahlbar sein, staatliche Förderungen gezielt bei MieterInnen ankommen und Kieze stabilisiert werden. Franz Schulz, der grüne Bürgermeister des Bezirks, hat deshalb an Landes- und Bundespolitik appelliert, ihm die Gesetze zu geben, um Milieuschutz betreiben zu können – durch die Erhaltung von sozialverträglichen Mieten.



© fluxart

Versuche der Bezirkspolitik, Mietsteigerungen zu begrenzen, indem sie in Kiezen Sanierungsgebiete auswies, scheiterten an den Gerichten, die die Festsetzung von Mietobergrenzen nicht akzeptierten. Vorschläge für notwendige Änderungen im Bürgerlichen- und Baugesetzbuch liegen auf dem Tisch. Damit könnten Mietobergrenzen wiedereingeführt und Mieterhöhungen bei Neuvermietung etwa zum Milieuschutz begrenzt werden. Das wäre noch nicht die Einführung des Sozialismus. Westberliner

erinnern sich, dass es solche Regelungen im kapitalistischen Teil der Stadt bis zur Wende gegeben hat. Der Senat müsste endlich Worten Taten folgen lassen und solche Initiativen im Bundesrat unterstützen.

Christian Ströbele ist Mitglied des Bundestages, Katrin Schmidberger ist Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss der Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg



© Erik Schuhmann / Fotolia

Aufwertung ohne Verdrängung

von Franziska Eichstädt-Bohlig

Kommunalpolitik muss immer die Verbesserung der Lebensverhältnisse, also die Aufwertung der Stadt und die Verminderung von Abwertung zum Ziel haben. In der Stadtteilentwicklung geht es um das Ziel einer ausgewogenen sozialen Mischung und um eine gute Mischung von Wohnen und Gewerbe.

Die Frage ist nicht: Sind Aufwertungen gut oder schlecht? Sondern: Wie können Abwertungen verhindert/vermindert werden? Welche Aufwertungsstrategien gehen nicht zu Lasten der sozial Schwächeren, sondern stärken auch deren Lebensraum? Was ist zu tun, damit Aufwertung nicht zur Verdrängung von einkommensschwächeren Gruppen führt und die Abwertung in anderen Stadtteilen verstärkt?

Berlins Markt für preiswerte Wohnungen wird immer enger

Verglichen mit anderen großen Städten sind die Mieten und Wohnkosten in Berlin nach wie vor günstig. Berlin hat aber einen sehr hohen Anteil an Haushalten mit niedrigem Einkommen, und gerade für die sind die Mietsteigerungen und die Mietnebenkosten ein erdrückendes Problem.

Drastische Mietsteigerungen erfolgen vor allem bei Wiedervermietungen und bei Modernisierungen. Die großen Förderinstrumente, mit denen früher Modernisierungen und Neubau subventioniert wurden, gibt es nicht mehr. Die Bindungsfristen früherer Subventionen sind oft ausgelaufen. Die Erhaltungssatzung wirkt nur noch bei einzelnen Luxusmodernisierungen.

Die demografische Entwicklung drückt zunehmend auf den Wohnungsmarkt: Das Wohnungsangebot stagniert weitgehend, während die Haushaltszahlen ansteigen und Berlin wieder leichte Zuwanderungsüberschüsse hat. Wir Grünen haben uns immer für das Wohnen in der Innenstadt stark gemacht. Nun gibt es eine junge Generation, die es nicht mehr ins Häusle im Grünen zieht, sondern die familien- und fahrradfreundliches Wohnen in der Stadt sucht und findet. Wollen wir die wieder vertreiben?

Berlin hat mehr Abwertungs- als Aufwertungsprobleme. Die „Behutsame Stadterneuerung“ im Westberlin der 80er Jahre hatte nicht Verdrängung, sondern die Stabilisierung der Sozialstrukturen bei gleichzeitiger Verbesserung der Wohnverhältnisse zum Ziel. Aufwertungen hat es in der westlichen Innenstadt seither nur in wenigen Stadtvierteln wie am Chamissoplatz/Bergmannstraße oder am Winterfeldplatz gegeben.

Nach der Vereinigung gab es die große bauliche Aufwertung mit Verdrängung der früheren Ostberliner Bevölkerung durch die Sanierung in Prenzlauer Berg und Friedrichshain. Hier steigen die Mieten weiter und machen aktuell Quartiere in Nordneukölln oder Kreuzberg für Studenten und junge Kreative interessant, wo viele Vor-

mieter nun in die Großsiedlungen ausweichen müssen. So werden auch die Großsiedlungen in Ost und West zu sozialen Problemquartieren.

Die Politik steht vor einem Dilemma: Zur Stärkung der Sozialstruktur muss sie Aufwertungsmaßnahmen initiieren und die soziale Mischung verbessern. Bei stagnierenden Wohnungsangeboten führt dies aber zur Verdrängung der früheren Bewohner, die ihrerseits auf den Wohnungsmarkt der instabileren Stadtteile drängen.

Die Instrumente zur Beeinflussung der sozialen Mischung eines Stadtteils sind begrenzt

Die Einflussmöglichkeiten zur Verhinderung von Verdrängung sind bei leeren Kassen gering. Die wirksamsten Instrumente sind natürlich Arbeitsplätze mit gesichertem Einkommen und gute Bildung und Ausbildung. Wohnungspolitisch aber ist Berlin derzeit gelähmt, weil die Stadt keine Förderung von Wohnungsbau und -sanierung mehr betreibt und weil die Rechtsprechung Berlin als entspannten Wohnungsmarkt einstuft. So kommen nur bescheidene Änderungen am Mietrecht infrage und die verstärkte Nutzung der städtischen Wohnungswirtschaft zur Sicherung von sozialen Wohnungsbeständen. Die Städtebauförderung und die Soziale Stadt dienen der Stabilisierung der Sozialstrukturen, bringen aber keine Entspannung am Wohnungsmarkt.

In Berlin muss die Diskussion über einen neuen Sozialen Wohnungsbau wieder aufgerufen werden. Dies ist wegen der gescheiterten Wohnungsbauförderung und des Berliner Schuldenbergs nicht leicht. Aber die These, Berlin habe einen entspannten Wohnungsmarkt, weil in Marzahn ein paar Wohnungen leer stehen, reicht als politische Antwort nicht aus.

Vorschläge für Grünes Handeln

Wir Grünen wollen die Stabilisierung und die Verbesserung der sozialen Mischung von unterprivilegierten Stadtteilen erreichen und zwar weitgehend ohne Verdrängung der ansässigen Bewohner. Dazu müssen die alten wohnungspolitischen Instrumente überprüft und neu justiert werden:

Berlin soll eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Mietrechts und des Umgangs mit Zweckentfremdung ergreifen mit dem Ziel der Begrenzung von Neuvermietungsrenten, der Senkung der Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen und der Änderung der Modernisierungumlage. Auch muss der Kündigungsschutz bei Eigentumswohnungen wieder erhöht werden.

Die Gelder der Städtebauförderung und der vielen Teilprogramme müssen konzentriert werden auf wenige, effizient geförderte Stadtteile.

Die städtischen Wohnungsbestände müssen stärker diversifiziert werden. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sollten auch Mietshäuser in sozial problematischen Quartieren kaufen und den Bezirken mehr Belegrechte geben.

Die Diskussion über eine neue Soziale Wohnungsbauförderung und über verbesserte Grundstücksvergaben, Bauberatung und Unterstützung von Genossenschaftsinitiativen auch für sozial bedürftige Haushalte muss eröffnet werden.

Der Zielkonflikt zwischen tragbaren Mieten und energetischer Gebäudesanierung muss mietrechtlich und förderpolitisch gelöst werden. Für einkommensschwache Haushalte wird eine Art „Klimawohngeld“ erforderlich.

Bildung und Erziehung muss insbesondere in den Problemkiezen verbessert und gestärkt werden.

Vielleicht sollten diese Instrumente in einem Modellstadtteil konzentriert erprobt werden. Dazu wollen wir in der Fraktion ein Alternativkonzept für die vom Senat für Tempelhof geplante IBA skizzieren.

Franziska Eichstädt-Bohlig, MdB ist Sprecherin für Stadtentwicklung der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus



© view 7 / Photocase

Wohnprojekte für Revoluzzer

Die vielfachen Brandsätze und Gewaltattacken gegen Autos, Baugruppenhäuser, QM-Büros und das Haus der Wirtschaft sind kriminelle Taten und müssen als solche entschlossen geahndet und unmissverständlich verurteilt werden. Dennoch verweisen sie auch auf gesellschaftliche Probleme.

Der Hintergrund der „links-autonomen“ Attacken sind mehr pauschale Kapitalismuskritik und Revoluzzersehnsucht als Interesse an den Problemen sozialer Quartiersentwicklung. Aber der Mangel an Häusern, in denen sich auch junge Menschen mit wenig Geld ein selbstbestimmtes und gemeinschaftliches Wohnen und Leben organisieren können, muss als eines der Motive für die aggressiven Gewaltakte durchaus gesehen werden.

Wohnungspolitisch geht es um die letzten Hausbesetzerprobleme und um alternative Wohnwünsche von jungen Menschen. Es gibt keine abgewrackten Leerstandshäuser mehr, die sich Besetzer aneignen könnten. Es gibt auch kaum noch billige, heruntergewirtschaftete Mietshäuser. Anders als in den ersten Jahren nach der Vereinigung gibt es heute keine Räume für alternative, selbstbestimmte Wohnformen mehr. Die bürgerlichen Gruppen haben für sich die gemeinschaftlichen Baugruppenmodelle entwickelt. Für alternative „Underdogs“ und Aussteiger wird der Raum aber immer enger. Darum bekämpfen sie jede Modernisierung, auch die von Baugruppen.

Mit der Räumung der Brunnenstraße 183 im November 2009 hat Berlin einen großen Fehler gemacht. Die Besetzer hatten ein Konzept zum Erwerb der Häuser. Der Eigentümer sollte mit einem Ersatzgrundstück des Liegenschaftsfonds abgefunden werden. Doch dieses Ersatzhaus wurde anderweitig verkauft. So hat Berlin wieder eine Gruppe junger Menschen ins Abseits getrieben, statt ihnen die Verantwortung für ihre Lebens- und Wohngestaltung zu überlassen.

Die Stadt wirkt anziehend auf junge Menschen. Hier leben auch viele junge Menschen mit gebrochener Biografie und unsicheren Zukunftsaussichten, die ebenso nach selbstbestimmten Wohn- und Lebensräumen suchen, wie Menschen in gesicherter Existenz. Dafür gibt es aber keine Wohnkonzepte.

Es sollte ernsthaft geprüft werden, ob nicht einige geeignete Bauprojekte mit erfahrenen Trägern wie SPI oder Stattbau als Gemeinschaftshäuser für junge Menschen gefördert und in Selbstverwaltung übertragen werden könnten. In den achtziger Jahren war dies das zentrale Instrument der Befriedung und sozialen Stabilisierung der Hausbesetzer.

Die Verurteilung und Bestrafung von Gewalt und Kriminalität und konstruktive Angebote für friedliche Wohnprojekte widersprechen sich nicht, sondern können in ihrem Zusammenwirken dazu beitragen, dem links-autonomen Gewaltmythos den Nährboden zu entziehen.

Franziska Eichstädt-Bohlig

Kein Geld, kein Kauf, kein Tausch

Ausgerechnet Schwarz-Grün: Vom Umgang mit alternativen Wohnprojekten

600 Polizeibeamte räumen die Brunnenstraße 183. Wieder einmal ist der Kampf um ein alternatives Haus- und Wohnprojekt gescheitert. Allen Rettungsversuchen zum Trotz und allen Solidaritätsbekundungen zum Hohn. Und es war fast die gesamte Berliner Prominenz, die sich für den Erhalt des linken Projektes eingesetzt hatte: Selbst der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit fand im Sommer 2006 nur lobende Worte. Besonders angetan hatte es ihm der „Umsonstladen“ im Haus, ein selbstorganisiertes, nichtkapitalistisches Projekt. Hier gab es „Kein Geld, keine Waren, kein Verkauf und auch kein Tausch. Im Umsonstladen sind all gleich, egal, ob sie in der Luxuslimousine vorfahren oder in abgetretenen Schuhen und zu Fuß kommen.“ So heißt es noch heute auf der Webseite. Wowereit kam vermutlich eher in der Luxuslimousine.

Doch alle Sympathiebekundungen, alle Demos, alle Bürgermeistergrüßworte waren – umsonst. Denn obwohl die Bewohner alles angeboten hatten – Geld, Kauf und Tausch – gab es kein Einsehen. Wie so oft fuhren am Ende die Polizeiwagen vor, um „den Gerichtsvollzieher zu unterstützen“. Dabei hatte es lange Zeit so ausgesehen, als könne die Brunnenstraße 183 gerettet werden. Der Eigentümer – kein Spekulant, wie er nicht müde wurde zu betonen – hatte sich bereit erklärt, das Gebäude zum Einkaufspreis zu verkaufen. Ein Ausweichprojekt war schon gefunden: In der Ackerstraße sollte das geplante Mehrgenerationenhaus entstehen. Eigner: Der Liegenschaftsfonds Berlin. Doch der verkauft lieber anderweitig und so nimmt das Schicksal seinen Lauf. Im Internet kursiert das – natürlich unbestätigte – Gerücht, dem Regierenden sei es wichtiger gewesen, das Jette Joop in die Ackerstraße zieht.

Dass es anders geht zeigt ausgerechnet der schwarz-grüne Senat in Hamburg. Die Geschichten ähneln sich verblüffend: Ein zerfallendes Gebäude-Ensemble in der Innenstadt wird von Künstlerinnen und Künstlern besetzt. Die (städtische) Wohnungsbaugesellschaft verkauft das Gelände an einen Investor, der aus der stadtentwicklungs-

politischen Brache ein „Schmuckstück“ machen soll. 2,8 Millionen Euro Planungskosten werden investiert, Solidaritätserklärungen und Proteste nehmen zu. Doch ab diesem Zeitpunkt verläuft die Geschichte anders: Konfrontiert mit einem breiten Protestbündnis vom „linken Chaoten bis zur Bildzeitung“ entscheidet der Hamburger Senat anders. Im Rahmen des Konzeptes „Kreative Stadt“ wird das Projekt gerettet und das Gelände zurückgekauft. Zum Einkaufspreis plus 2,8 Millionen Euro Planungskosten. Und so unterscheidet sich Silvester 2010 in den beiden Metropolen:

Wut und Trauer in Berlin – und eine Riesenfeier in Hamburg.

Nun ist der Hamburger Senat ganz sicher kein barmherziger Samariter. Er hat nur erkannt: Alternative Projekte stehen einer modernen Stadt gut an. Kultur und Szene brauchen Räume, in denen Kreativität florieren kann. Mehrere Millionen Euro lässt sich schwarz-grün seinen „Wirtschaftscluster kreative Stadt“ kosten. Alternative Verwertungsräume und langfristige Sicherheit für alternative Projekte sind ein Teil davon. Damit kein falscher Eindruck entsteht: Nicht jedes Projekt in Hamburg wird gerettet. Gerade aktuell steht an anderer Stelle möglicherweise die Räumung bevor: IKEA erschien drei Viertel der Anwohner in einem Bürgerentscheid Ende Januar wichtiger. Die Verhandlungen über Ausweichquartiere dauern noch an. Aber – das Hamburger Beispiel zeigt: Wenn der politische Wille da ist und die Beteiligten konstruktiv zusammenarbeiten, sind Lösungen möglich. Am Ende gewinnen alle: Bewohner und Stadt.

In Berlin fehlte dieser politische Wille. Alles war schon geregelt: ein Ausweichprojekt für den Investor, die Bereitschaft, den Tausch ohne finanzielle Hintergedanken durchzuführen und der Wille der Bewohner der Brunnenstraße weiterhin eigenes Geld zum Erhalt der Immobilie zu geben und über einen Kredit das Gebäude selbst zu kaufen.



© Franziska Holz

Gute Stimmung im Hamburger Gängeviertel

Natürlich: Nicht jedes Projekt kann kreative Politik retten. Im Jahr 2011 stehen die nächsten Wahlen an. Sollte unsere Partei dann in den Senat kommen, werden diese Fragen an uns gestellt werden: Nach welchen Kriterien gilt ein Projekt als rettungswürdig? Wie soll Geld organisiert werden? In welchem Ausmaß müssen die Bewohner selbst beitragen? Wir müssen die verbleibende Zeit nutzen, um hier objektive Kriterien zu finden.

Vom Standortfaktor alternative Szene halten Wowereit und sein rot-roter Senat nicht viel. Dabei könnte er hier –

ausgerechnet – von Hamburg lernen. In Berlin scheint es für alternative Hausprojekte nur ein Schicksal zu geben: Die Zwangsräumung. Aktuell häufen sich im Übrigen auffällig die Solidaritätsbekundungen für das Projekt Liebig 14. Das grüne Bezirksamt hat dazu alles in seiner Macht stehende getan. Ein Ausweichobjekt wurde vom Liegenschaftsfonds in Aussicht gestellt. Nun bleibt zu hoffen, dass dieses Mal rot-rot den Worten auch Taten folgen lässt – und keine Prominenten einziehen wollen.

Katrin Schmidberger und Ronald Wenke

Gegen die Angst, sich seinen Kiez nicht mehr leisten zu können

Seit fast 20 Jahren wird versucht, über Stadtteil- und Quartiersmanagement (QM) die soziale Situation vor Ort in „problematischen“ Kiezen in den Griff zu bekommen. Ob das gelingt - dazu sprachen wir mit der Bezirksverordneten Hanna Schumacher aus Neukölln.

Stachlige Argumente: Hanna, was kann Quartiersmanagement?

Hanna Schumacher: In unterschiedlichen Kiezen wird das ganz unterschiedlich gehandhabt, deshalb ist eine generelle Einschätzung schwer. Aber gleichermaßen geht es überall darum, dass die Bewohnerinnen und Bewohner von benachteiligten Quartieren Menschen haben, die die verschiedenen Wünsche, Interessen und Akteure zusammenführen. Diese Kümmer-Personen haben die Aufgabe, das Leben vor Ort zu verbessern, die Nachbarschaften zu stärken und das Bewusstsein für die Kiez-Entwicklung zu schaffen.

Stachlige Argumente: Klingt erst einmal nicht, als sei das mit Geld verbunden. Geht es nicht um Bauen und Stadtgestaltung?

Hanna Schumacher: Die Mittel der Quartiersmanager kommen aus Europäischen Töpfen und Bundesmitteln. Als einziges Bundesland wird in Berlin Quartiersmanagement auch aus dem Landeshaushalt kofinanziert. Das hat man hier begriffen - QM ist leider das einzige wirksame Instrument in dieser Stadt, mit dem Mittel gezielt in sozial schwache Gebiete gelenkt werden können. Finanziert werden auch viele Projekte aus dem Sozial- und Bildungsbereich.

Stachlige Argumente: Wie funktioniert das genau, wer macht das QM eigentlich?

Hanna Schumacher: QuartiersmanagerInnen werden von der Senats-

verwaltung eingesetzt - oft Menschen aus dem Planungsbereich, aus Sanierungsgebieten oder Leute aus der Mieterberatung. Viele haben ihre Erfahrungen im Baubereich - auch dort gibt es ja Bürgerbeteiligung, weshalb planerischer Hintergrund in so einer sozialen Funktion gut sein kann. Aber es ist mehr vonnöten, als Planungskenntnisse. Die Aufgaben von QM sind viel mehr, als Quartiersplanung bürgernah zu organisieren.

Stachlige Argumente: Aber auch?

Hanna Schumacher: Eine wesentliche Aufgabe der Managerinnen und Manager ist es, eine lebendige Beiratsstruktur zu gewährleisten. Dort sind Menschen aus dem Kiez drin, die entscheiden, was mit den Mitteln passiert und welche Schwerpunkte im Kiez gesetzt werden. Wenn es schlecht läuft, macht das Management alles alleine und regiert allein.

Stachlige Argumente: Basisnaher Mitteleinsatz - Klingt ja eigentlich nach einem grünen Konzept.

Hanna Schumacher: Das könnte es sein. Faktisch ist es aber oft so, dass die Ämter und Senatsverwaltungen dafür sorgen, dass von Ihnen bevorzugte Projekte gefördert werden durchzusetzen. Die Beiräte nehmen das oft so hin - Dabei geht es eigentlich darum, die im Kiez vorhandenen Bedürfnisse zu formulieren und anzumelden. Manchmal klappt das auch sehr gut. Es hängt viel von den Personen vor Ort ab.

Stachlige Argumente: Geht es

darum, Aufwertung mit den Leuten zu gestalten, statt über sie hinweg?

Hanna Schumacher: Das mit der Aufwertung ist für mich eher umstritten. Wir müssen klären, welche Art von Aufwertung wir meinen. Ich will eine Aufwertung der Lebensqualität, egal welchen sozialen Status die Bewohnerinnen und Bewohner eines Kiezes haben. Das Instrument QM hat hier aber Grenzen und wir müssen aufpassen, dass die soziale Aufwertung eines Kiezes nicht durch Wegzug von Armen und Zuzug von Besserverdienenden organisiert wird.

Stachlige Argumente: Wo kann man hier ansetzen, normale Fluktuation von unerwünschter Verdrängung unterscheiden?

Hanna Schumacher: Klar ist, dass überall Menschen umziehen, weil es sich halt so ergibt. Leute ziehen um, weil sie familiäre Pläne umsetzen, eine altersgerechte Wohnung brauchen, weil die angemietete Fläche zu klein ist oder vielleicht nach Verlust eines Angehörigen zu groß geworden. Das ist normal. Was einen Kiez sprengen kann ist, wenn die Neumieten zu stark steigen oder auch die Bestandsmieten. Dann können Kleinverdiener nicht mehr umziehen oder die Hartz IV-Behörde steigt aus.

Stachlige Argumente: Wie in Neukölln?

Hanna Schumacher: Das ist ein Vorurteil. Hier in Neukölln ist die Mietsituation doch noch entspannt.

Im Reuter- und im Richardkiez steigen die Mieten bei Neuvermietungen. Für bestimmte Gruppen wird es schwer Wohnungen zu finden. Dann gibt es Sorgen um die Kiezstruktur, die wir ernst nehmen. Die Leute beginnen Angst zu haben, dass sie ihn sich vielleicht irgendwann nicht mehr leisten können. Der Zuzug steigt und die Mieten für Neuzuzügler sind vergleichsweise hoch. Aber wir können noch nicht von Verdrängung sprechen, es gibt nur erste Warnsignale.

Stachlige Argumente: Zurück zum Quartiersmanagement: Zeigt der Run auf Neukölln, dass es gut läuft?

Hanna Schumacher: Das hat wenig mit QM zu tun. Ja, es gibt beschleunigte Entwicklungen. Manche Projekte machen den Kiez attraktiver und es gibt extra Werbung durch gute QM-Projekte wie etwa die Zwischennutzungsagentur. Aber Neukölln hat einfach schöne Wohnlagen im innenstadtnahen Bereich sowie attraktive Altbauwohnungen. Das zieht ohnehin.

Stachlige Argumente: Gäbe es nicht viel mehr Brennpunkte?

Hanna Schumacher: Man soll sich Neukölln nicht schönreden. Brennpunktquartiere sind es ja im Grunde trotzdem noch. Trotz sanierter Wohnlagen haben wir riesige Probleme, die soziale Schieflage ist ganz klar da. Wir werden in der Bezirkspolitik viel Kraft brauchen, gemeinsam mit den Leuten dafür zu sorgen, dass es nicht eskaliert.

Stachlige Argumente: Trotzdem spricht man von „Gentrifizierung“ im Reuterkiez.

Hanna Schumacher: Gentrifizierung wird mit Verdrängung gleich gesetzt. Davon spricht man, wenn ein Aufwertungsprozesse einzig Kapitalinteressen dienen. Dann wird das Maximale aus einem Kiez rausgeholt. Das ist im Reuterkiez noch nicht der Fall. Es gibt eine komplexe Eigentümerstruktur mit vielen kleinteiligen Wohnbesitzverhältnissen. Und die Vermieterinnen und Vermieter gehen oft noch relativ vernünftig mit den Mietforderungen um. Diesen Wert müsste man schützen, aber dazu fehlen uns die Instrumente. Wir können Verkäufe an Großinvestoren nicht verhindern und Mietsteigerungen nicht unterbinden. Trotzdem ist es wichtig, die Entwicklung zu beobachten und den Dialog auch mit der Vermieterseite zu suchen.

Stachlige Argumente: Wo soll die Reise beim QM hingehen?

Hanna Schumacher: Die Doppelaufgabe des Quartiersmanagements als sozialer Instanz und planerischem Instrument ist ein Problem. Dort, wo Berlinerinnen und Berliner wohnen und sozial benachteiligt sind, müssen eigentlich im ordentlichen Haushalt Mittel zur Verfügung stehen. Das ist derzeit nicht der Fall. So wird die Mittelvergabe kaum demokratisch überwacht. Die Beiräte können eine parlamentarische Kontrolle gar nicht ersetzen.

Stachlige Argumente: Willst Du die

Mittelvergabe wieder höher ansiedeln?

Hanna Schumacher: Nein, das ist nicht der richtige Weg. Es ist klug, gewisse Mittel in die Kieze zu geben. Diese Idee eines lokalen Budgets sollte definitiv erhalten bleiben. Aber dieser Weg kann die soziale Schieflage nicht beseitigen. Auch sollten mehr Menschen in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden, insbesondere auch die, die vom Bildungsniveau derer, die sich jetzt in QM-Beiräten bürgerschaftlich engagieren, noch entfernt sind.

Stachlige Argumente: Das klingt anspruchsvoll.

Hanna Schumacher: Das ist sicher nicht einfach - aber darum kann es ja auch nicht gehen, wenn man den Kiez für alle lebenswerter machen will. Neben Beiratssitzung mit Gewählten müssen Treffen zu konkreten Themen stattfinden. Zum Thema Baumscheibenbepflanzung kommen wahrscheinlich andere Leute als wenn es um die Gestaltung des Kitaumfeldes geht. Wir müssen fragen, was genau gebraucht und gewollt wird und dann zusehen, wie diese artikulierten Interessen umgesetzt werden können.

Das Interview führte André Stephan

Hanna Schumacher ist 31 Jahre alt. Die Juristin ist Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen des Bezirks Neukölln von Berlin. Die Bezirksverordnete sitzt im Ausschuss für Verwaltung und Gleichstellung und in der Quartiersmanagement-AG des Kreisverbandes Neukölln.

Grüne Neukölln – ein Erfolg in schwerem Terrain

Reportage von Nicole Holtz und Oliver Münchhoff

Eng ist es. Unentschieden ist es. Wer aus der U-Bahn mit dem Menschenstrom in den Mittelstreifen der Karl-Marx-Straße ausgespuckt wird, findet sich direkt im Herzen eines Bezirks wieder, dessen Name schon mehr Synonym als Stadtteil ist: In Neukölln. Kneipen im 70er Jahre Arbeiterflair, Handy-Shops, Dönerläden, ein Karstadt, der sich in Schnäppchenmarkt umgewidmet hat, ein Gewusel von Menschen und Autos, die das ein oder andere mal knaligbunt in der Winterstadtlandschaft auffallen, umsäumen einen Rathausturm, der sich wie zum Trotz aus engen Altbauquartieren erhebt. Unentschieden, ob die Straße nun eine oder zwei Spuren hat, verzahnt sich alles zu einem lebendigen Gemisch – die Karl-Marx-Straße unterhält sich. Der Bezirk pulsiert in einfachem Takt. Dennoch oder gerade deswegen ein Umfeld, in dem Grün wächst.

36 aus 47 und die andere Stadt

Ein Stück nach Norden – und wir finden uns in einer Wortschöpfung wieder. Kreuzkölln heißt das Gemisch aus Kreuzberg und Neukölln, das ein Lebensgefühl widerspiegelt – 36 trifft auf 47: Alternative Lebensentwürfe, gepaart mit der Entdeckung eines neuen Raumes jenseits von Kreuzberg oder Prenzelberg finden ihr Glück fern jeden Bionade-Bürgertums. Da wird aus Inges Bierstübchen das Freie Neukölln. Designerläden, kleine Modelabel, Kunst- und Kulturschaffende und andere Wirhaben-Ideen Läden nutzen die Mischung aus preiswerten Mieten und Zentrums Lage. Leerstand ist hier gestern. Und zugleich eine grüne Hochburg: In einem Wahllokal am Maybachufer ist berlinweit das beste Ergebnis bei den Bundestagswahlen eingefahren worden.

Ein Stück nach Süden und der S-Bahnring zerschneidet den Bezirk. „Wenn ich durch den S-Bahntunnel fahre bin ich einfach in einer anderen Stadt“, sinniert Micha Wendt. Statt dichter Bebauung die weiten Flächen eines Industriegebiets. Betroffen von der Wirtschaftskrise? „Also von der Konjunkturkrise haben wir in Neukölln nichts gespürt, die Zahlen etwa der Arbeitslosen sind stabil geblieben. Das liegt einfach daran, dass mit der Krise nichts mehr zu zerstören war. Die Industrie ist schon davor in die Knie gegangen und wir haben das Problem eines großen Anteils gering qualifizierter Arbeitssuchender“, erläutert Bernd

Szczepanski, der sozialpolitische Sprecher der Fraktion. So bunt und spannend der Bezirk ist, Armut und Arbeitslosigkeit sind häufig prägende Realität. „Also von dem Sozialreport waren wir nicht wirklich überrascht“, stellt Heinz Wagner, der Fraktionsvorsitzende, fest. „Bedenklich ist aber, dass sich gerade Neukölln weiter von den Standards anderer Problemquartiere entfernt hat. Und das trotz Quartiersmanagement und Fördermaßnahmen. Da muss weiter gemacht werden.“ Die Wandlung von einer Industrie- zur Wissensgesellschaft steht noch an, die Anfänge sind gemacht. Eine Herausforderung für ambitionierte grüne Politik.

Neuköllns schönste Seiten, ein KV macht Dampf!

Und der Kreisverband ist ambitioniert: „Also wir müssen mal schauen, dass wir die nächste Bezirksgruppe vielleicht auf dem Tempelhofer Feld machen“, meint mit einem Schmunzeln Jochen Biedermann. Unrecht hat er nicht – der Sitzungsraum ist proppenvoll. Ob hier immer dreißig bis vierzig kommen bei 231 Mitgliedern? „Du wirst lachen, ich hab die heutige Sitzung nur auf der Homepage angekündigt, ist trotzdem voll“, sagt mir Jochen und wird mit einem kleinen Anflug von Stolz von Axel Urban ergänzt: „Heute waren sogar vier aus Kreuzberg bei uns.“ Strömungen oder Gruppenbildung, wie ja manchmal üblich, sind hier nicht auszumachen. „Das war nicht immer so“, erzählt mir Axel. Man hatte besonders Probleme mit einem Vorstand, der sich den Bezirksthemen kaum annahm und das alles wohl eher als ein Sprungbrett für höhere Weihen verstand. Die Neubesetzung brachte den Start. Gemeinsame Programmarbeit, der Grüne Laden in der Berthelsdorfer Straße, Freude daran, in einem schwierigen Umfeld Politik zu machen und nicht zuletzt eine Anja Kofbinger – hier nur als Abgeordnete der Herzen bekannt – die in der Bundestagswahl Neukölln „rockte“ (Eigenwerbung des KV!), geben dem Kreisverband den drive. Unter dem Schlagwort „Neuköllns schönste Seiten“ wird der Bezirk in Augenschein genommen – und solche Seiten sind auch der Recyclinghof in Britz oder ein Problemquartier.

Grün ist in Neukölln präsent! Die Zahlen bestätigen den Erfolg in schwerem Terrain: Allein im vergangenen Jahr



© Sophie Vaubel

waren 20 Neueintritte zu verzeichnen, die Bundestagswahl brachte ein Plus von 4,5 auf 17,6 % der Zweitstimmen. Und: In der klassischen Volksparteien-Hochburg Neukölln konnte Anja 14,6 % der Erststimmen verbuchen!

Bunt wird in der Bezirksgruppe durch die Themen diskutiert: Prostitution und Gewalt im Umfeld (ja liebe Leser_innen, alle Neukölln-Klischees haben auch ein Stückchen Wahrheit) und sehr grün: Satzungsänderung gendern. „Sag mal, wie spricht man denn eigentlich ein Unterstrich aus? Das müssen wir mal üben.“ „Na eben wie das große Binnen-I.“ „Muss man denn da so formalistisch sein, wir lieben doch alle“, fragt eine. „Na, das hat Mielke auch ge-

sagt“, meint ein anderer. Okay, also Unterstrich. Henrike macht das. Und wer kommt noch mit nach Rudow zur Anti Nazi Demo?

In der Zählgemeinschaft zähl ich! Ein Blick ins Rathaus So locker die Stimmung nach innen, so klar formuliert werden grüne Positionen nach außen vertreten. Auch gegen die SPD und einen Bezirksbürgermeister Buschkowsky, die Jochen wohltemperiert mit dem Begriff „mediennaffin“ umschreibt. Da wird vom „König vom Ghetto“, wie eine österreichische Zeitschrift Buschkowsky jüngst betitelt, via stern tv laut nachgedacht, „den Eltern mal die Ohren lang (zu) ziehen“: Man solle doch prüfen, ob



© Heinz Wagner

Kindergeld nicht gekürzt werden könne, wenn Kinder ihrer Schulpflicht nicht nachkämen. Der Gedanke wird vom König allerdings flugs wieder verworfen: Da hat man nur Probleme mit Widersprüchen und Klageverfahren.

Neben den Darstellungswünschen Einzelner bestehen in der Zählgemeinschaft auch inhaltliche Differenzen: So hält die SPD der grünen Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold vor, zu großzügig mit Hilfen zur Erziehung zu verfahren. Da scheint es bei der SPD noch zu hapern: Soziale Integration wird natürlich gerne postuliert – nur: Mehr Hilfe zur Erziehung lieber nicht. Und wenn es sein muss, Integrationsleistungen erzwingen? Gaby Gebhardt, schulpo-

litische Sprecherin, sagt dazu: „Integration beginnt nicht erst in der Schule. Integration in eine Gesellschaft muss früher erlernt werden, um ein Bewusstsein für Verantwortung zu schaffen. Da helfen Sanktionen nichts, die auch das Kind treffen.“ Allerdings wird schon gesehen, und das nicht nur zur Zählgemeinschaftspflege: Buschkowskys burschikose Art verhilft auch zu zusätzlichen Finanzmitteln für den Bezirk.

Und was machen die CDU und FDP? Mangels eines solventen Mövenpicks Feindbilder aufbauen. Ein FDP-BVV'ler entgegnet voll kleinbürgerlichem Ingrimm über ein Entschließungsantrag der Grünen und der Linken, an

Transferleistungsempfänger zu viel gezahltes Kindergeld nicht zurückzufordern: „Sie machen ja hier Politik für Sozialhilfeempfänger!“ Die CDU mag's eher moralisch: „Geld, das mir nicht gehört, fass' ich nicht an“ doziert eine CDU-BVV'lerin. Und das bei unsicherer Gesetzeslage, die das Bundesverfassungsgericht nun mangels menschenwürdigem Existenzminimums für Kinder als verfassungswidrig erklärte.

Von der CDU wird gerne mal eine mündliche Anfrage gestellt, ob nicht der Zuzug von „Ausländern“ gestoppt werden könne. Der NPD-Vertreter fordert ein „grundsätzliches Moscheenverbot“. Leben die in einer anderen Welt? Leider nicht ganz!

LAP - ein Programm gegen rechts!

Ausgrenzung und Feindbilder schaffen – das ist nämlich auch der Humus, auf dem ein Problem im Süden des Bezirks wächst. Dort gibt es eine aktive Neonazi-Szene. Diese hat sich den Grünen erst Anfang Februar mit zwei Anschlägen auf die Geschäftsstelle in Erinnerung gerufen. Klingel- und Schließanlage wurden demoliert und die Rolläden als Vorbote des Dresdner Neonaziaufmarschs mit "Dresden 45 unvergessen" beschmiert. Vorkommnisse wie diese wertet Gabriele allerdings auch als Zeichen dafür, dass sich die Neonazis derzeit ernsthaft in Bedrängnis fühlen. Seit 2008 läuft unter ihrer Leitung der Lokale Aktionsplan (LAP) als Teil des Bundesprogrammes „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“. Die Gelder für den Aktionsplan stammen vom Bundesfamilienministerium und vom Berliner Integrationsbeauftragten, sind also eine zusätzliche Hilfe für den Bezirk.

Nazis weg - gemeinsam klappts!

Neben der Arbeit in Schulen, in denen mit einer aktiveren Debattenkultur das Demokratieverständnis der Schüler gefordert wurde, lag ein Schwerpunkt auf der Arbeit vor Ort: Die „Rudower Spinne“ ist ein zentraler Treffpunkt der Neonazis. Eine rund um diesen Platz fahrenden Buslinie wurde dekoriert mit den Bildern engagierter Anwohner und der Aufschrift „Wir stehen ein für Toleranz“. Auch Einzelhändler vor Ort wurden mit ins Boot geholt. Sie führten

eine Kampagne für die Grundrechte durch, druckten diese auf Einkaufstüten und dekorierten ihre Schaufenster dazu passend. Ihr größter Erfolg war sicherlich, dass ein jährlich stattfindender Neonaziaufmarsch in den letzten Jahren erfolgreich verhindert wurde. Und das auf eine recht simple Art und Weise: Die Einzelhändler haben den Platz an dem betroffenen Wochenende einfach selbst angemietet und einen Adventsmarkt mit einer Kunstaktion veranstaltet.

Gabriele freut sich darüber, dass alles so erfolgreich läuft und das auf eine so „Grüne Art und Weise“. Denn es sei schließlich eine urgrüne Vorstellung, dass solche Programme auf bürgerschaftlicher Ebene und nicht mit der Parteifahne vorneweg organisiert werden. „Nicht nur schauen, was man FÜR die Leute machen kann, sondern was man MIT Ihnen machen kann“, sei wichtig, sagt sie. Der Aktionsplan läuft in diesem Jahr erst einmal offiziell aus. Fortsetzung bleibt zu hoffen, um der Rudower Neonaziszene vollends das Wasser abzugraben.

Zwischen Aufbruch und Verharrung

Grün in Neukölln ist arbeiten an der Wurzel in einem Bezirk zwischen kreativem Aufbruch in die Wissensgesellschaft in buntem Miteinander und den Verharrungstendenzen reaktionärer Milieus, die das Morgen als Bedrohung empfinden. Viel ist geschehen, einiges entschieden: Sei es der Leuchtturm Rütli-Campus, die Durchsetzung einer Migrationsbeauftragten und nicht zuletzt: Die Karl-Marx-Strasse wird grüner und teilweise einspurig. Vieles bleibt unentschieden. Egal wie gesellschaftliche Probleme beschaffen sind: In Neukölln zeigen sie sich wie in einem Brennglas. Was hier funktioniert, hat den Test der Realitätstauglichkeit nicht nur hier bestanden. Was kann es für einen besseren Ort für grüne kreative Großstadtpolitik geben!

Neugierig geworden? Dann meldet Euch in der Geschäftsstelle bei Carola: 030 - 671 20 812. Oder schaut in der Berthelsdorfer Strasse vorbei: Jeden 2. Dienstag wird der Bezirk ein bißchen grüner.

Oliver Münchhoff und Nicole Holtz

Warum Lisa Treppen schätzt

100 Tage im Bundestag - Lisa Paus zieht ein kleines Resümee: Mit den Stachligen Argumenten spricht sie über Aufzüge voller Lobbyisten, ihre Forderung einer Vermögensabgabe und die Frage, was die Banken eigentlich mit 400 Milliarden Euro gemacht haben.

Stachlige Argumente:

Lisa, Du bist neu in den Bundestag eingezogen, Obfrau und Mitglied des Finanzausschusses und warst zuvor zehn Jahre im Abgeordnetenhaus - unter anderem als wirtschaftspolitische Sprecherin. Alles neu oder business as usual? Es sind ja relativ viele Neue in die Bundestagsfraktion eingezogen.

Lisa Paus:

Die Verfahren sind insgesamt schon sehr ähnlich. Neu ist natürlich das Umfeld, die erheblich größere Journalistencrew. Der Umgang unter den KollegInnen ist ein Tick kultivierter

als im Abgeordnetenhaus. Eindeutiger ist hier die Zuordnung zu den Strömungen, die sich regelmäßig treffen. 26 von 68, also mehr als ein Drittel, sind neu eingezogen.

Wir Neuen haben uns schon organisiert, einmal weil man ähnliche Probleme hat, sich einzufinden. Daneben stand aber auch, den Anspruch zu formulieren, einbezogen und nicht einfach weggebügelt zu werden. Das mag die Abläufe am Anfang etwas entschleunigen, aber siehe da: Am Ende fanden es alle richtig, dass sich unter mehreren Parlamentarischen Geschäftsführern eine Neue befindet.

Stachlige Argumente:

Zur Wirtschaftslage: Die EZB schütete im Juni 2009 den Banken über 400 Milliarden Euro befristet zur Verwendung aus. Was haben die Banken eigentlich mit dem Geld gemacht?

Lisa Paus:

Erst einmal nicht in dem Maße das, was sie sollten: Nämlich Kredite an Unternehmen zu vergeben, um die Realwirtschaft zu stützen. Und wie man gerade am Beispiel Griechenland sieht: Die Probleme werden in die Haushalte verlagert, die jetzt unter Druck stehen, während bei den Banken wieder lustig die Party steigt. Es ist derzeit sehr viel Geld im System, das weder von Zentralbanken herausgenommen wird noch in der Realwirtschaft ankommt. Mit diesem Geld wird auf renditeträchtige Ziele spekuliert. Da kann ein Staatsbankrott ein schönes Ziel sein oder eben auch steigende Rohstoffpreise. Das ist einfach ein Trauerspiel.

Das weltweite Versprechen eines Primat der Politik vor ungezügelter Profitinteressen ist nicht im mindesten eingelöst worden. Gerade die Bundesregierung wehrt sich mit Händen und Füßen bei der Festlegung von Regulierungsmaßnahmen. Dabei ist zum Beispiel die Finanztransaktionssteuer zwingend notwendig zur Entschleunigung des Kapitalmarktes und würde zudem Mittel generieren, mit denen man zumindest teilweise die Schäden der Krise finanzieren und die Haushalte entlasten könnte. Beim Eigenkapitalstatus von Risikogeschäften hat sich nichts geändert. Stattdessen sind

nun wieder Leerverkäufe erlaubt: Man kann also etwa auf sinkende Kurse griechischer Staatsanleihen setzen - finanziert durch Aktien, die man nicht notwendigerweise besitzen muss. Damit wird das Kasino weiter angeheizt.

Stachlige Argumente:

Schwarz-Gelb hat Gesetze verabschiedet, die unter dem Begriff Wachstumsbeschleunigung firmieren. Mal unabhängig vom Hotelgewerbe: Haben die Lobbygruppen bei Dir schon an die Tür geklopft?

Lisa Paus:

Da kommen die üblichen Briefe nach dem Motto „Wir haben da mal ein Problem“. Das nimmt teilweise schon groteske Züge an: Hier im Jakob-Kaiser-Haus sitzt die FDP im sechsten Stock. Leider gibt es nur zwei Aufzüge, und die sind jetzt permanent voll, weil alle Leute nun unbedingt dringend in den sechsten Stock fahren müssen. Da kann ich richtig schön grün sein und nehme einfach keinen Aufzug mehr. Die Treppen sind ja glücklicherweise lobbyistenfrei.

Stachlige Argumente:

Vielleicht werden die üblichen Briefe in Zukunft ja weniger - Du hast in Deiner ersten Rede im Bundestag für B90/Die Grünen die Einführung einer Vermögensabgabe gefordert. Wie sieht eine solche strukturell aus?

Lisa Paus:

Die Vermögensabgabe soll für einen fairen Lastenausgleich zur Finanzie-

rung der Krise sorgen. Derzeit liegen bei 10 Prozent der Bevölkerung über 60 Prozent des Vermögens und die Konzentration hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Gerade die Profiteure der unregulierten Finanzmärkte sollen zur Kasse gebeten werden. Das Szenario könnte so sein: Es gibt einen Stichtag in der Vergangenheit, und wer an diesem Stichtag das Vermögen in einer bestimmten Höhe besaß und deshalb in der Lage ist, eine Sonderlast zu tragen, der soll den entsprechenden Beitrag leisten. Die Steuerschuld könnte über einen längeren Zeitraum abgetragen werden.

Das Grundgesetz sieht einen solchen Lastenausgleich in entsprechenden Situationen vor, die mit der jetzigen Wirtschaftskrise und den daraus folgenden Konsequenzen zweifelsohne gegeben sind. Der Staat wird die Last allein nicht tragen können. Es gibt dafür ein historisches Vorbild - Konrad Adenauer hat die Vermögensabgabe schon einmal eingeführt. Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne diese Abgabe wohl so nicht möglich gewesen. Wir gehen davon aus, etwa 100 Milliarden Euro akquirieren zu können. Gemeinsam mit Kürzungen ökologisch unsinniger Subventionen im Rahmen der ökologischen Finanzreform - das Umweltbundesamt geht von ca. 40 Milliarden aus - könnten die Haushalte von Bund und Ländern einigermaßen zukunftsfest gemacht werden.

Stachlige Argumente:

Herzlichen Dank für Deine Zeit.

Die Fragen stellte Oliver Münchhoff



© Oliver Münchhoff

Für Berlin ans Werk!

Die Wahlen 2011 werfen ihre Schatten voraus. Wir stellen uns den Herausforderungen der Stadt nach fast 10 Jahren Mehltau unter Rot-Rot, denn nur wer sich bewegt, wird gewinnen.

Wir beginnen mit der Entwicklung unseres Wahlprogramms. Damit werden wir für Bewegung sorgen. Denn nur wer sich bewegt, wird die Stadt voranbringen und so auch Wahlen gewinnen. Dafür brauchen wir alle, jede, jeden von Euch! Anders als die anderen politischen Parteien in Berlin ist es für uns schon lange selbstverständlich, dass wir aktiv das Gespräch mit den gesellschaftlichen Akteuren und Akteuren suchen und uns den Diskussionen stellen. Dabei treten wir weiterhin energisch für eine grüne Erneuerung unserer Stadt ein. In diese Richtung weist auch unser Beschluss „Grün bricht auf. Für Berlin“, den die November-LDK zwei Jahre vor den nächsten Berliner Wahlen hin beschlossen hat. Nun machen wir mit unserem Vorhaben Ernst.

Ab sofort beginnt der Prozess für die Erarbeitung unseres Wahlprogramms. Dazu sind alle Mitglieder eingeladen, sich aktiv zu beteiligen, Forderungen, Ideen und Vorstellungen einzubringen. Darüber hinaus suchen wir mit Vereinen, Verbänden, Organisationen und Initiativen den Dialog. Unsere Programmentwicklung wollen wir – wie auch schon in der Vergangenheit – als diskursiven Prozess gestalten, denn wir sind keine Partei, die ein von oben verordnetes Programm als Tischvorlage serviert und dann pflichtschuldig nur noch „durchwinkt“.

Unser Wahlprogramm ist nicht nur Fahrplan für die Zielvorstellungen und Konzepte von Bündnis 90/Die Grünen Berlin, mit denen wir uns dem Wettbewerb mit den anderen Parteien im Wahlkampf stellen müssen. Mit dem Programm müssen sich auch Basismitglieder und Gliederungen identifizieren können, ohne die kein erfolgreicher

Wahlkampf gemacht werden kann. Wir wollen unsere grünen Ideen in die Stadt bringen. Wir werden klar machen, welche Potentiale in dieser Stadt schlummern, die Berlin als eine nachhaltige Stadt voranbringen. Wir sind uns sicher, dass wir den Berlinerinnen und Berlinern deutlich machen können, dass die nächste Regierung nur mit grüner Regierungsbeteiligung eine Perspektive für Berlin bietet.

Innerhalb der Partei muss den Diskussionen um die Entwicklung der Programmatik viel Platz eingeräumt werden. Unterschiede müssen kenntlich gemacht und intensiv debattiert werden. Wichtig ist, dass am Ende ein abgestimmtes Wahlprogramm vorliegt, das auf einem breiten Konsens beruht. Daher wollen wir im gesamten Jahr 2010 unterschiedliche Diskussions- und Veranstaltungsformate nutzen. Das Finden, Bearbeiten und Auswählen von Themen steht im Mittelpunkt.

Der eigentliche Prozess zur Erarbeitung des Wahlprogramms soll im letzten Quartal 2010 beginnen und bis zum Programmparteitag im Frühjahr 2011 andauern. Das gesamte Jahr 2010 dient hingegen dem Finden, Bearbeiten und Auswählen von Themen sowie für die Positionierung im Hinblick auf das Wahljahr 2011. Dabei beginnen wir nicht bei Null – sondern bauen auf unsere Konzepte auf, wie wir auch auf unsere bestehende Programmatik aufsetzen können.

Natürlich wird es unterschiedliche Diskussionsprozesse in unseren Basisgliederungen, den Landesarbeitsgemeinschaften und Kreisverbänden geben. Doch bei aller Breite und Dezentralität wollen wir die Diskussionen zu Ergebnissen führen. Unter dem Motto „Themenwerkstatt Berlin – was bewegt die Stadt?“ haben wir uns z.B. vorgenommen, unsere Themen in einzelnen Themenwerkstätten miteinander zu diskutieren. Dies sind bisher die Themen: Soziales, Wirtschaft, Verkehr, Umwelt und Klimaschutz, Offenheit und Toleranz sowie Bildung.

Unser Wahlprogramm wird unser Angebot für alle, die im Herbst 2011 wählen können, denen die Stadt wichtig ist und die uns ernsthafte Gestaltungskraft zuvertrauen.

Unsere Forderungen, Ideen, Gedanken werden klar und verständlich sein. Wenn wir am Ende dieses Jahres den Entwurf für das Wahlprogramm erarbeiten, sind wir sicher, dass wir uns bis dahin auf einen reichen Fundus an Positionspapieren, Beschlüssen und Konzepten stützen können.

Ebenso munter und engagiert wünschen wir uns den Wahlkampf im Jahr 2011. Bis dahin werden wir alle gemeinsam noch einen wirklich langen Zug ins Rollen bringen.

*Irma Franke-Dressler
und Stefan Gelbhaar
Landesvorsitzende*



Neues aus Europa

Am 9. Februar 2010 wählte das Europäische Parlament eine neue EU-Kommission - erneut unter Leitung von Emanuel Barroso. Obwohl die drei größten Fraktionen seinen kritisierten, haben sie ihm am Ende doch zugestimmt. Die Grünen im Europäischen Parlament haben gegen die neue EU-Kommission votiert.

Die Performance der BewerberInnen war sehr unterschiedlich. Es gab KandidatInnen, die mit fachlicher und auch grüner Kompetenz überzeugen konnten, andere erwiesen sich aber auch als völlig inkompetent oder genügten nicht den grünen Vorstellungen. Allen voran konnte die hohe Beauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik - Catherine Ashton - keine klaren Vorstellungen einer zukünftigen EU-Außen- und Sicherheitspolitik unter Beweis stellen.

Barroso selbst hat für die schlechte Aufstellung seiner Kommission gesorgt, weil er persönlich angeordnet hatte, in den Anhörungen keine konkreten Ziele, Maßnahmen oder Vorschläge zu formulieren. Auch teilte er die Ressorts ohne Berücksichtigung der Kompetenzen neu zu, so dass am Ende kein einziges Ressort mehr nur unter die Zuständigkeit eines einzigen Kommissars fällt. Darüber hinaus mussten auch Kommissare, die auf ihren bisherigen Posten gute Arbeit gemacht hatten, versetzt werden, da er das Prinzip der Ressort-Rotation einführte - mit einer Ausnahme, nämlich seiner eigenen Position. Wir Grüne hatten diese Praxis noch vor der Wahl kritisiert.

José Barroso hat offensichtlich eine schlechte Mannschaft aufgestellt, um seine eigene, schwache Position aufzuwerten. Aber aus vielen Nullen wird noch kein Plus! Mit einer solch schwachen Kommission wird die EU den großen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen der nächsten Jahre nicht gewachsen sein. Da das EP nicht einzelne Kommissare ablehnen kann, hat die Grüne Fraktion einstimmig entschieden, die Barroso II-Kommission in Gänze abzulehnen.

Abstimmungsergebnis: 488 Ja-Stimmen, 137 Nein-Stimmen, 72 Enthaltungen

Michael Cramer
MdEP



Neues aus dem Abgeordnetenhaus

Grüne Fraktion setzt Zeichen

Anfang des Jahres hat das Parlament eine Schulstrukturreform beschlossen: Die Hauptschule wird abgeschafft, Haupt-, Real- und Gesamtschulen werden zu so genannten Sekundarschulen zusammengelegt. Nach der Grundschule gibt es dann neben diesen Sekundarschulen nur noch die Gymnasien. Ein richtiger Schritt - wir haben die Reform maßgeblich vorangetrieben. Dennoch haben wir nicht dafür gestimmt. Es ist wie immer: Grundgedanke gut (kam ja auch von uns) - Umsetzung mies.

Einer unserer Kritikpunkte: Aufs Gymnasium kommt man nur zur Probe - wer nicht gewollt ist, soll auf die Sekundarschule „abgeschoben“ werden. Das setzt zum einen die Schülerinnen und Schüler an Gymnasien stark unter Druck, zum anderen wertet es die Sekundarschulen massiv ab. Die Sekundarschulen werden auf diese Weise zu Restschulen - wir wollen die Sekundarschulen aufwerten und nicht gleich als Schulen zweiter Klasse ins Rennen schicken.

Es kommt Bewegung in das Thema „Offenlegung der Wasserverträge“. Wir haben als erste Fraktion im Abgeordnetenhaus einen konkreten Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem wir das Versteckspiel bei Privatisierungen für alle Bereiche der Grundversorgung beenden - von der Wasserversorgung über die Müllentsorgung bis zum öffentlichen Nahverkehr. Das soll im Informationsfreiheitsgesetz (IFG) geregelt werden und zwar auch für die Vergangenheit.

Sollte die Gesetzesänderung beschlossen werden, kann sich der Senat unter anderem nicht mehr weigern, die Verträge der Teilprivatisierung der Berliner Wasserwirtschaft offen zu legen. Bündnis 90/Die Grünen greifen mit dieser Initiative das Anliegen des Berliner Wassertisches auf, der ein Volksbegehren zur Offenlegung der Wasserverträge gestartet hat. Offensichtlich haben wir die Regierung damit schwer unter Druck gesetzt, denn Rot-Rot hat noch schnell einen eigenen Entwurf zur Änderung IFG auf den Weg gebracht, der allerdings weniger weit reicht als der grüne Vorschlag. Wir hatten nichts anderes erwartet.

Ramona Pop und Volker Ratzmann
Fraktionsvorsitzende



Neues aus der Kommandantur

Gemeinsam haben wir auf der Landesdelegiertenkonferenz im November das Wahlvorbereitungsjahr 2010 ausgerufen. Das gehen wir jetzt mit Kraft und Elan an.

Die Konferenzen, Treffen und Gremientagungen wollen inhaltlich und organisatorisch gut vorbereitet sein. Deshalb sind neben dem Landesgeschäftsführer jetzt auch unsere Henriette Kluge und Frank Dittrich als Vorstandsreferentin bzw. -referent mit an Bord.

Bei all dem wollen wir als Bündnis 90/Die Grünen auch in diesem Jahr sichtbar und aktiv sein. Unsere Aktionsfähigkeit zeigte schon das gewaltige Interesse am Dresdener „GEHdenken“ am 13. Februar 2010. Natürlich werden wir auch bei den anstehenden Anti-Atom-Protesten klare Kante zeigen und als Mitglieder und Mitmachende aus Berlin einen starken Beitrag leisten.

Die ersten thematischen Schwerpunkte kündigen sich an: Nach der Landesfrauenkonferenz stehen dabei zwei Kongresse im Mittelpunkt: Wir werden auf dem Mietenkongress die Berliner Wohnsituation debattieren - vom sozialen Abgleiten ganzer Quartiere einerseits bis zum Verdrängen von Menschen aus „gentrifizierten“ Kiezen andererseits. Nach mehreren vom rot-roten Senat ausgerufenen Schwerpunkten zur sozialen Stadt ist wenig passiert - Zeit, dass wir die Probleme erörtern und unsere Ideen zur Debatte stellen.

Eine bessere Teilhabe von Migrantinnen und Migranten wird gerade einmal zwei Wochen später beim Kongress „Berlin mitgestalten“ das Thema sein. Sie sind keine homogene Masse und haben nicht nur „Integrationsprobleme“, sondern vielmehr ein breites Interesse an den vielfältigen politischen Themen, die sie betreffen. Daher ist es an der Zeit, mit ihnen über die vielen politischen Themen zu sprechen.

Irma Franke-Dressler & Stefan Gelbhaar
Landesvorsitzende



Neues aus der Dirschauer

Das letzte Jahr schlossen wir inhaltlich mit einer gelungenen Abendveranstaltung unter dem Motto „Von Ach herrjemine bis Weihnachten: ein kritischer Blick auf das Christentum“ und gesellschaftlich mit unserer Jahresabschlussfeier ab.

Mit unseren Aktiventreffen sind wir im neuen Jahr in die ganz aktuelle Politik eingestiegen und haben uns mehrere Wochen lang mit Gentrifizierung beschäftigt. An die Auseinandersetzung mit Berliner Politik schließen wir nahtlos mit „Demokratie in Berlin“ an und erwarten spannende Diskussionen. Auf unseren wöchentlichen Treffen, die trotz Ende des Bundestagswahlkampfes weiterhin gut besucht werden, schaffen wir so die Grundlage dafür uns jung, grün und vor allem stachelig in den Programmprozess einzubringen. Unterstützt wird die inhaltliche Arbeit durch unsere Fachforen, die ihren Gründungsprozess gut gemeistert haben und schon jetzt eine Bereicherung für die Grüne Jugend Berlin sind.

Natürlich darf auch der Aktivismus nicht zu kurz kommen. Im Mittelpunkt steht im Februar die Blockade des Naziaufmarsches in Dresden, zu der wir, trotz der Temperaturen, mit einer starken Truppe von GJBLerInnen und hunderten anderen AntifaschistInnen aus ganz Berlin fahren. Ende Februar veranstalten wir gemeinsam mit dem Bundesfachforum Europa+ Internationales in Berlin ein Seminar zum Thema „Afrikabilder“. Dort wollen wir uns mit dem europäischen Afrikabild auseinandersetzen. Außerdem zeigen wir am 14. März den Film „die Anwälte“ im Regenbogenkino mit anschließender Podiumsdiskussion mit Christian Ströbele.

Unsere erste Landesmitgliederversammlung 2010 wird am 25. April stattfinden. Dann stehen wieder Vorstandswahlen, ein neuer Haushalt und natürlich viele inhaltliche Anträge auf dem Programm.

Armin Feistenauer und Meike Berg
SprecherInnen der Grünen Jugend Berlin

Den Kapitalismus zu transformieren

von Lukas Beckmann

Es erstaunt, wie zurückhaltend wir in unserer 30-jährigen Geschichte daran gearbeitet haben, unser Geldwesen, Geldschöpfung und Finanzordnung als Mittel zum Zweck in den Dienst unserer ökologischen, sozialen und nachhaltigen Ziele zu stellen. Täglich nutzen wir Banken als Kommunikationsplattform und erst die Finanzkrise hat viele daran erinnert, wie wenig wir darüber wissen, wie das System Geld funktioniert. Es sollte eine vorrangige Aufgabe werden, dieses Feld gründlich zu bearbeiten. Zunächst nicht aus dem Blickwinkel von Finanzwissenschaftlern und Bankern, sondern aus der Perspektive unwissender BürgerInnen, die verstehen wollen, warum und auf welcher gesetzlichen Grundlage Banken, Banker, Aktionäre und Spekulanten unter den Augen und mit aktiver Duldung, gar Unterstützung des Gesetzgebers, sich immer stärker zulasten Dritter bereichern konnten und die Existenzgrundlage von Millionen Menschen zerstören.

Geldschöpfung hat Verfassungsrang, die Notenbank ist im Grundgesetz verankert. Einen verfassungsmäßigen Auftrag, Geld nicht als Mittel, sondern als Selbstzweck mit dem Ziel höchster Renditen einzusetzen, gibt es nicht und der Rückzug der Geld- und Finanzwirtschaft aus der Realwirtschaft ist als Verfassungsziel nicht formuliert. Dennoch gilt derjenige als erfolgreich, bonusfähig und gesetzestreu, der andere durch Scheingeschäfte und dem Verkauf und Weiterverkauf von wertlosen Werten um Milliarden schadet.

Welche Zahlen, Bilanzen, Gewinne und Verluste stimmen heute noch?

2008 machte die Deutsche Bank erstmals seit langem Verluste, 2009 wieder einen Gewinn von 5 Milliarden Euro, während die Bilanzsumme um 700 Milliarden Euro (etwa ein Drittel) schrumpfte. „Und wo sind diese 700 Milliarden hin? Einfach weg?“ fragt die FAZ. Ein buchhalterischer Trick? Korrespondieren die Zahlen mit realen Werten oder nur mit gebuchten? Wer trägt die Folgen der umgebuchten Wertberichtigungen? Gewinne und Verluste bedingen sich. Gewinner werden von Verlierern getragen. Jeder Verschuldung folgt eine Umverteilung.

Zur Bewältigung der Finanzkrise - einem institutionellem Versagen von Notenbank, Geschäftsbanken, Parlamenten und Regierungen - haben die Industrieländer ihre Bürger

und zukünftige Generationen auf Bürgschaften in unendlicher Höhe verpflichtet. Parallel laufen die Bonuszahlungen in hundertstelliger Milliardenhöhe weiter, die Einnahmen aller Entwicklungsländer gehen um 750 Milliarden Dollar zurück und die Banken reduzieren ihre Bankkredite an Entwicklungsländer um rund 250 Milliarden Dollar.

Es ist absurd, wie unsere Geld- und Finanzordnung legitimiert funktioniert. Wir können fundamentale Fehlentwicklungen im Geldsystem durch keine noch so gute Sozialpolitik, Gerechtigkeitspolitik, Bildungs- und Chancengleichheitspolitik oder gar Entwicklungszusammenarbeit ausgleichen. Wir haben die Aufgabe, das Bank- und Finanzwesen zu demokratisieren. Wer entscheidet mit welcher Legitimation über Geldflüsse und Zukunftsinvestitionen? Banken müssen wieder ihre eigentlichen Aufgaben wahrnehmen, die Wirtschaft mit Geld versorgen und reales Wirtschaften finanzieren.

Geld ist ein öffentliches Gut.

Banken handeln im öffentlichen Auftrag. Sie müssen demokratisiert und transparent werden. Sie müssen gesetzlich verpflichtet werden, neben der Bilanz öffentlich und zeitnah zu dokumentieren, in welche Projekte und Produkte sie investieren, was sie finanzieren. Wir brauchen ein Geldeinspeisungsgesetz, das Zukunftswerten verpflichtet ist. Es geht um ein anderes Verständnis von Geld, um Entwicklung statt Wachstum, um eine Steuerung von Geldströmen, die nicht dem schnelllebigen Gewinn und kurzlebigen Produkten folgen, sondern ökologischen, sozialen und nachhaltigen Werten verpflichtet sind.

Die demokratischen Teilhaberechte von BürgerInnen am Geldschöpfungsprozess der Notenbank müssen ebenso weiter entwickelt werden, wie Rechtsformen öffentlicher Güter, damit menschliche Kreativität und unternehmerisches, wirtschaftliches Engagement eine neue Dynamik entfachen können und zu einem sozialen, gemeinnützigen und nachhaltigem Mehrwert beitragen. Banken und Banker wären unter diesen Vorzeichen mit ihren Finanzprodukten ökologische und sozial herausgefordert.

Lukas Beckmann ist Gründungsmitglied der Grünen und seit 1994 Fraktionsgeschäftsführer der Bündnisgrünen im Bundestag



Eins für Alle

Das Verbrauchersiegel für die Nachhaltigkeit

von Eva Bell

Eine Konsumkultur nach westlichem Vorbild trägt unsere Erde nicht. In Kopenhagen hat die Weltgemeinschaft die Verantwortung für das Klima nicht übernommen. Können jetzt die VerbraucherInnen das Ruder herumreißen?



Immerhin sind Einkäufe für rund 60 Prozent der Umweltprobleme mitverantwortlich. Unsere Entscheidung im örtlichen Kaufhaus bestimmt über die Arbeitsbedingungen in Fernost. Und ob Geiz und Gier oder Fairness und sozialer Ausgleich die Wirtschaftsweise bestimmen, hängt von der Nachfrage ab. Auch wenn Konsum allein die Welt sicherlich nicht retten kann - ohne Einfluss ist jeder Einzelne nicht.

Nicht alten Konzepten nachtrauern

Erst seit 50 Jahren hat unsere Gesellschaft Geld und Zeit für intensiven Konsum. Mit gefährlichen Folgen für Umwelt und soziale Gerechtigkeit. Moralinsaurer Appelle zum (totalen) Konsumverzicht haben bisher jedoch nicht überzeugt. Effizienzgewinne werden immer wieder durch vermehrten Konsum aufgezehrt. Eine neue Verbraucherbewegung für einen „lifestyle of health and sustainability“, sogenannte LOHAS, setzt nun auf Spaß, Genuss und Nachhaltigkeit. Weniger Fleisch, öfter Bioprodukte und der Wechsel zu Ökostrom sind erste einfache Schritte auf dem Weg zum nachhaltigen Konsum. Sie lassen sich nicht einreden, sie könnten nichts tun und machen lieber mit, statt nur zuzuschauen.



Lebensstil ändern - Lebensqualität gewinnen

VerbraucherInnen müssen nun aus der Sackgasse herauskommen und ihren Lebensstil ändern. Nachhaltiger Konsum ist für jeden machbar.



Mancher entdeckt dabei ein neues Wohlbefinden und höhere Lebensqualität. Wer sich für Waren entscheidet, die ökologisch, fair und sozial gerecht produziert und gehandelt wurden, muss sich nicht mit einem schlechten Gewissen herumplagen. Also: Sinnvolles suchen und gezielt kaufen. Oder auch mal ein Produkt stehen lassen. Der Umbau unserer Konsumgesellschaft braucht aber auch gute politische Instrumente. Die Ökosteuer, das Erneuerbare-Energien-Gesetz und der Emissionshandel haben gezeigt: Sie werden nicht an einem Tag eingeführt, sondern politisch hart erkämpft.

Der sozial-ökologische Wandel braucht Innovationen

Umwelt- und Verbraucherverbände diskutieren deshalb ein Nachhaltigkeitssiegel, das die sozialen und ökologischen Auswirkungen einer Ware wie Klimaschäden für jeden deutlich macht und die aktuelle Informationsüberlastung der VerbraucherInnen abbaut.



Wir brauchen eine sekundenschnelle Entscheidungshilfe am Supermarktregal. Wer kann schon nachprüfen, wie emissionsarm, energieeffizient, erneuerbar und ressourcenschonend das Angebot wirklich ist? Und natürlich kann sich jede/r im Internet eingehend über hunderte Label informieren, neuerdings auch mit so genannten Tracking-Codes über die „Geschichte“ einiger Produkte. Aber wer möchte seine wertvolle Freizeit damit verbringen, noch Geschäftspraktiken und Nutzwert zu recherchieren?

Der Blaue Engel und manches Klimasiegel sind sozial blind. Sie machen keine Angaben über die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten oder zu fairem Handel. Und wer garantiert eigentlich, dass die Siegel mit der Zivilgesellschaft ausgehandelt wurden und nicht einfach schönfärberische Werbung sind?

Auf dem Weg zum Nachhaltigkeitssiegel



Für die Kennzeichnung von Produkten zeichnen sich heute drei Optionen ab: Beliebige greenwashing, der Status Quo mit undurchsichtigem Zeichenwarr oder ein glaubwürdiges Premiumsiegel für die wirklich wertvollen Produkte. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat hunderte Labels sortiert und die Spreu vom Weizen getrennt. Für weitere freiwillige und unverbindliche Gütesiegel besteht kein Bedarf mehr. Doch auch die ausgewählten 24 Siegel müssen weiter verdichtet werden. Ein staatlich garantiertes Nachhaltigkeitssiegel hebt die relevanten Eigenschaften hervor, ermöglicht eine Bewertung jenseits des Preises, vereinfacht die Informationssuche und setzt neue Standards sowie Innovationsanreize. Mit einem Nachhaltigkeitssiegel könnten wir internationale Vorreiter sein und die westliche Konsumkultur transformieren.

Eva Bell ist Referentin für Verbraucherschutz der Bundestagsfraktion



EINSPRUCH!

Nachhaltigkeitssiegel zu kompliziert

Gütesiegel zu Umwelt- und Sozialverträglichkeit haben den Vorteil, die Auswahl in der unüberschaubaren Welt der Waren und Dienstleistungen einzugrenzen und das Akzeptable vom schmutzigen Rest unterscheiden zu können. Siegel sind deshalb unerlässlich und müssen im Interesse der Verbraucher gestärkt werden. Letztendlich sollten sie den Preis als Werbebotschaft Nummer eins in Zukunft ablösen.

Das Öko-Institut hat in einer Studie 75 Label verschiedener Branchen unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: Viele in Richtung Nachhaltigkeit aufgestellte Siegel sind seriös und beruhen auf strengen Kriterien. Von den Kriterien eines Gütesiegels hängt seine Aussagekraft und damit auch Glaubwürdigkeit ab. Je nach Branche sind die Kriterien für ein Siegel aber höchst unterschiedlich. Mal spielen Giftstoffe, mal soziale Produktionsbedingungen und mal die Einsparung von Rohstoffen eine Rolle. Diese Schwerpunktsetzung ist sinnvoll, um überhaupt eine Aussage zu ermöglichen.

Mit einem Nachhaltigkeitssiegel liefern wir Gefahr, die hinter ihm steckenden Kriterien nicht mehr durchschaubar sein zu lassen. Wie will ein Nachhaltigkeitssiegel z.B. die Schädlichkeit von Warentransporten kontrollieren und bewerten, wenn diese noch nicht einmal dem Supermarkt selbst bekannt sind? Ist ein im Grunde überflüssiger Werbezettel eines Supermarkts aus Recyclingpapier eines Nachhaltigkeitssiegels würdig?

Wir brauchen kein neues Nachhaltigkeitssiegel, sondern müssen die vorhandenen, unabhängigen Label stärken und bekannter machen. Blaue Engel, Bio-Siegel und Co sind in der Bevölkerung akzeptiert. Das ist die beste Möglichkeit, Massenmärkte zu beeinflussen.

Dr. Benjamin Bongardt
Referent für Umweltpolitik beim NABU

Klappe zu?

Die Kontroverse um Erfolg und Problematik der Babyklappen

Babyleichen in Blumenkästen oder unter parkenden Autos abgelegte Babykörbe – offenbar verwirrte oder verzweifelte Mütter töten ihre Kinder, weil diese zur falschen Zeit oder unter den falschen Umständen geboren werden. Helfen sollen in diesen Fällen die Babyklappen: Anonym und geheim können hier Babys in die Obhut von Krankenhäusern oder Kirchen gegeben werden. Ein Ausweg? Zwischen 2000 und 2009 sind in Deutschland etwa 80 Babyklappen entstanden. Weil die anonyme Abgabe gegen geltendes Recht verstoße und wegen ethisch-moralischer Bedenken, sind diese jedoch umstritten. Der Deutsche Ethikrat hat nun im November letzten Jahres für die Abschaffung der Babyklappen plädiert.

Der Ethikrat kritisiert unter anderem, dass die Angebote zur anonymen Kindesabgabe besonders deshalb problematisch seien, weil das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Herkunft und auf Beziehung zu seinen Eltern verletzt werde. Zudem stellt der Ethikrat Sinn und Erfolg der Babyklappen in Frage. Bei der Babyklappe würde Hunderten von Kindern der Verlust ihres Rechts auf Kenntnis der Abstammung zugemutet, weil man hoffe, damit einem einzelnen, anderen Kind zu helfen. Auch grüne Mitglieder im Ethikrat haben sich dieser Kritik angeschlossen. Seither kocht die Debatte auch in der Partei hoch.

Der Ethikrat sieht kaum Anhaltspunkte dafür, dass die wenigen Frauen, die ihr Kind nach der Geburt töten oder aussetzen, von den Angeboten zur anonymen Kindesabgabe erreicht werden könnten. Kriminologisch-psychologische Erkenntnisse hätten zudem belegt, dass diese Frauen im Affekt und in Panik handelten, nachdem sie ihre Schwangerschaft verdrängt haben, von der Geburt überrascht wurden und die Schwangerschaft ungeschehen machen wollen. Diese Frauen wären nach Ansicht der GegnerInnen von Babyklappen nicht imstande gewesen, überlegt zu handeln und ihr Kind in eine Babyklappe zu bringen. Die Möglichkeiten der anonymen Kindesabgabe würden in Notlagen genutzt, wie sie auch in den flächendeckend vorhandenen Beratungs- und Adoptionsvermittlungstellen vorkommen und dort legal genutzt werden könnten.

Anja Kofbinger, frauenpolitische Sprecherin der Bündnisgrünen im Abgeordnetenhaus, widerspricht: „Das Argu-

ment der GegnerInnen von Babyklappen und anonymer Geburt, es werde nachweislich kein Leben durch dieses Angebot gerettet, ist nicht stichhaltig. Kriminologen wie z. B. Christian Pfeiffer gehen von einer hohen Dunkelziffer bei Kindstötungen direkt nach der Geburt aus. Die Berliner Praxis habe sich bewährt – die Stellungnahme des deutschen Ethikrates dagegen sei lebens- und realitätsfern:

„Wenn durch das Angebot von Babyklappen und anonymer Geburt auch nur ein Kinderleben gerettet oder zukünftiger Schaden von ihm abgewendet wird, hat es sich gelohnt.“

Babyklappen würden grundlegende, in der Verfassung und in der UN-Kinderkonvention garantierte Rechte verletzen, meint der Ethikrat. Alle auf der Abstammung und Familie beruhenden Rechte und Pflichten zwischen Eltern und Kind würden ins Belieben anonymer Personen gestellt, die sich dafür weder erklären noch verantworten müssten. Ein Hauptargument ist hierbei, dass jedermann, aus welchen Gründen auch immer, die Babyklappe unerkannt nutzen kann – auch der Partner, Zuhälter, Vergewaltiger oder Inzesttäter, der die Kindesmutter bedrängt, diesen vermeintlich einfacheren Weg der Trennung von dem Kind zu gehen. Straftaten gegen die Selbstbestimmung der Frau seien somit geschützt.

Es besteht dringender Bedarf Rechtssicherheit zu schaffen, so Anja Kofbinger. Dies sei eine alte grüne Forderung. „Wir stellen das Recht des Kindes auf Leben und körperliche Unversehrtheit jedoch über das unbestrittene Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung.“

Bei Babyklappen und anonymer Geburt bestehe ein schwer zu ertragender Interessenkonflikt zwischen Mutter und Kind, der nach Ansicht der AblehnerInnen der anonymen Kindesabgabe zu Gunsten des Kindes gelöst werden solle, meint Ursula Küning, Referentin für Frauen- und Geschlechterpolitik der Berliner Grünen. „Eine Mutter, die ihr Kind nicht selbst aufziehen möchte, hat die Möglichkeit einer legalen Adoption. Sie hinterlegt ihre Daten und das Kind hat im Erwachsenenalter das Recht und die Möglichkeit, über die Adoptionsvermittlungsstelle einen Kontakt zur Mutter zu suchen.“



© complize / Photocase

Für die abgebende Mutter bedeutete dies, dass sie ihr Leben lang damit rechnen müsse, mit der Kindesabgabe, dem erwachsenen Kind und der damaligen Lage konfrontiert zu werden. Viele Frauen seien voller Freude, wenn sie auf diese Weise erfuhren, was aus ihren Kindern geworden ist. Für andere jedoch, könne die Identitätsfindung des Kindes die Erinnerung an eine traumatisch erlebte Lebenssituation wecken und somit eine Retraumatisierung bedeuten.

„Anonymität kann dementsprechend als Notlösung und als Flucht eine Möglichkeit darstellen“, so Küning: „Ich gehe davon aus, dass liebevolle Adoptiveltern einem Kind helfen werden, einen solchen Lebensanfang in sein Leben und in seine Zukunft zu integrieren. Wir tragen alle etwas Schweres mit uns herum; doch ein erwünschtes Kind in einer Adoptivfamilie wird ein wesentlich geringeres Risiko eines schweren Kindheitstraumas haben, als ein in seiner Herkunftsfamilie lebendes unerwünschtes Kind.“

GegnerInnen der Babyklappen sehen dies durch die Adoptionsforschung widerlegt. Abgebende Mütter litten später sehr darunter, nicht zu wissen, wie es ihrem Kind geht. Grundlegende Rechte des Kindes würden vernachlässigt, um Frauen eine spätere möglicherweise stattfindende Begegnung mit ihrem Kind zu ersparen, so der Vorwurf. Nicht das Kind, sondern die Mutter stünde im Mittelpunkt.

Sechs Mitglieder des 26-köpfigen Ethikrates sprachen sich in einem Sondervotum gegen eine Abschaffung der Angebote zur anonymen Kindesabgabe aus. Sie argumentierten, dass Babyklappen und anonyme Geburt ein letzter Ausweg für jenen kleinen Kreis von Eltern und Frauen sein könnten, die den Weg zu den Beratungsstellen nicht fänden. Die Mehrheit des mit Juristen, Medizinern, Theologen und Philosophen besetzten Ethikrates bezweifelt, dass Babyklappen überhaupt Leben retten. In der Tat ist das schwer zu beweisen – aber auch schwer zu widerlegen, denn sie leben von der Anonymität.

Der Ethikrat schlägt als Alternative zur – rechtswidrigen Praxis – der anonymen Kindesabgabe ein Gesetz für eine vertrauliche Kindesabgabe mit vorübergehend anonymer Meldung vor. Damit solle ermöglicht werden, dass die Identität der Mutter für die Dauer eines Jahres ausschließlich der Beratungsstelle, an die sie sich zur Bewältigung ihrer Notlage gewendet hat, und der Adoptionsvermittlungsstelle bekannt sei. Die Daten dürften für ein Jahr keiner anderen Stelle, auch keiner staatlichen Stelle, bekannt gegeben werden. Die Mutter hätte ein Jahr Zeit, ihre Notlage mit Hilfe der Beratungs- und Adoptionsvermittlungsstelle zu lösen. Erst nach einem Jahr müsse das Kind entsprechend den gesetzlichen Vorschriften beim Standesamt namentlich gemeldet werden, so der Ethikrat.

Arne Haeger, Mitglied der Redaktion

Protest & Partizipation

Die Folgen des Minarett Verbots in der Schweiz

Im November hatten sich überraschend 57,5 Prozent der Schweizer WählerInnen für die Aufnahme eines Bauverbots von Minaretten in die Verfassung ausgesprochen. Alec von Graffenried, Nationalrat der Schweizer Grünen, spricht mit uns über die Bedeutung der Volksabstimmung für den Rechtsstaat und die direkte Demokratie.

Stachlige Argumente:
Wie erklären Sie sich das Abstimmungsergebnis?

Alec von Graffenried:

Ich denke, es gibt viele Ursachen, die ihren Anteil daran haben. Zum einen fühlt sich die Schweiz zurzeit in die Enge getrieben, auch was die Beziehungen zu den Nachbarn betrifft. Dass die Schweizer Banken mit den Steuerfragen stark unter Druck geraten sind – eine Entwicklung, die ich eigentlich begrüße – hat weiten Teilen der Bevölkerung das Gefühl gegeben, die Schweiz stehe jetzt alleine da, was zu einem Reflex zur weiteren Isolation geführt hat.

Zweitens ist die Schweiz einer Erpressung des libyschen Revolutionsführers Gaddafi ausgeliefert, der seit anderthalb Jahren zwei Schweizer ohne triftigen Grund festhält. Drittens wurden die Folgen dieser Abstimmung wohl nicht richtig abgeschätzt und im Vorfeld vielleicht

nicht genug erklärt. Die Menschen dachten wohl, man könne eine folgenlose Unmutsbekundung ablegen. Viertens dachten viele aufgrund der Meinungsumfragen, die Initiative würde sowieso abgelehnt und wollten mit ihrer Stimmabgabe vielleicht noch ein bisschen protestieren. Viele waren dann wohl von der Deutlichkeit des Ergebnisses überrascht.

Stachlige Argumente:
Deutet das Ergebnis auch auf Konflikte zwischen der Schweizer Bevölkerung und den Muslimen hin?

Alec von Graffenried:

Unsere Muslime stammen größtenteils aus dem Balkan und aus der Türkei und zu kleineren Teilen Nordafrika. Muslime, die islamistischen Bewegungen angehören, haben wir hier kaum. Dementsprechend ist die Religionsausübung der Muslime hier eher laizistisch und zurückhaltend. Nein, wir haben eigentlich keine Schwierigkeiten mit den Muslimen im Alltag. Sie üben ihre Religion aus wie die anderen Religionsgemeinschaften auch und es verträgt sich eigentlich gut mit dem Alltag der anderen Menschen.

Stachlige Argumente:
Durch die Abstimmung wird die in der Schweizer Verfassung und der EMRK verankerte Religionsfreiheit eingeschränkt. Gibt es in der Schweiz überhaupt einen Schutz der Grundrechte und der Verfassung?

Alec von Graffenried:

Es gibt keine unveränderlichen Verfassungsbestimmungen und

keine Verfassungsgerichtsbarkeit zum Schutz unserer Verfassung. Wir haben bisher allein darauf vertraut, dass unsere Bevölkerung in Abstimmungen verhindern wird, dass Unsinn in die Verfassung reinkommen kann. Die Minarettabstimmung hat noch einmal gezeigt, dass das ein Irrtum war und wir über den Schutz eines Kerngehalts der Verfassung und der unveränderbaren Grundrechte nachdenken müssen. Wir können Initiativen im Parlament für ungültig erklären, wenn sie zwingendes Völkerrecht verletzen. Bei der Minarettinitiative wurde aber behauptet, sie würde den Kerngehalt der Religionsfreiheit nicht betreffen, was aus meiner Sicht ein Irrtum war.

Wir Grünen stimmten im Parlament für eine Ungültigkeitserklärung. Dies wurde allerdings nicht angenommen, wohl in dem Vertrauen, die Initiative würde dann schon von den WählerInnen abgelehnt. Es gab schon einmal eine Initiative aus dem rechtsbürgerlichen Kreis, und zwar über die dauerhafte Verwahrung von gemeingefährlichen Straftätern, die damals auch im Parlament einfach durchgewunken und dann überraschend vom Volk angenommen wurde. Danach stellte man fest, dass das Völkerrecht eigentlich keine Umsetzung zulässt. Unsere Verfassung ist gegen solche Initiativen zu wenig geschützt.

Die populistischen Parteien sagen, Recht sei nur, was demokratisch abgesegnet ist. Der Rechtsstaat wird in der Schweiz schlechtgeredet und dadurch teilweise unterlaufen.

Es gibt jetzt Bestrebungen hin zur Vorprüfung von Initiativen und auf linker und grüner Seite auch klare Mehrheiten dafür. Wir schauen nun, wie man Verfassungsinitiativen schon vor der Unterschriftensammlung prüfen kann, so dass bei einer negativen Vorprüfung erst gar keine Sammlung erfolgt.

Stachlige Argumente:
Also muss der Grundrechtsschutz erhöht werden, auch wenn das die direkte Demokratie dadurch schwächt, indem dann nicht mehr über bestimmte Verfassungsbestimmungen abgestimmt werden kann?

Alec von Graffenried:

Ja, ich halte es aber für eine Stärkung der direkten Demokratie, weil sich diese natürlich nicht selbst abschaffen soll, sondern es muss dafür gesorgt werden, dass sie auch in geeigneter Form überleben kann.

Stachlige Argumente:
Ist das Ergebnis aufgrund der EMRK überhaupt umsetzbar?

Alec von Graffenried:

Man darf nicht vergessen, dass es sich nicht um ein Bauverbot für Moscheen handelt. Bisher hatte die Schweiz auch mit Minaretten kein Problem. Die Frage ist, ob jetzt noch jemand ein Minarett bauen will und den Rechtsweg bis Straßburg einschlägt. Zwar ist der Eingriff in die Religionsausübung und -freiheit vorhanden, aber ob Straßburg dies für einen so schweren Eingriff betrachtet, dass ein Votum gegen die Schweiz gefällt wird, ist für mich noch offen.

Stachlige Argumente:
Befürworten Sie weiterhin die direkte Demokratie?

Alec von Graffenried:

Ja, es käme uns nicht in den Sinn, wegen dieser Abstimmung die direkte Demokratie in Frage zu stellen. Sie bietet eine breite Möglichkeit der Partizipation und damit eine bessere Demokratisierung. Eine gut ausgebaute direkte Demokratie unterstützt in guter Weise Bemühungen zur gesellschaftlichen Integration. Da die Mitbestimmung sehr kontinuierlich ist, besteht auch weniger ein Risiko von irrationalen Entscheidungen, als bei einem sehr selektiven Einbezug der Bevölkerung bei ganz wenigen Fragen. Dadurch kommen die Menschen weniger in Versuchung, bei einer einzelnen Abstimmung ein Protestvotum abzugeben, wie wir es jetzt erlebt haben.

Stachlige Argumente:
Herzlichen Dank für Ihre Zeit.

Die Fragen stellte Amaro Piñas Müller



Alec von Graffenried

Direkte Demokratie als Allheilmittel?

Die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik sinkt kontinuierlich. Seit den 70er Jahren hat sich die Zahl der NichtwählerInnen verdreifacht. Politikverdrossenheit ist das Schlagwort, das immer wieder fällt und es führt oft zu der Annahme, dass der Ausbau direkt-demokratischer Entscheidungsverfahren das geeignete Mittel sei, Menschen mehr am politischen Prozess zu beteiligen. Ein Blick in die Statistiken beweist jedoch, dass Direkte Demokratie nicht zwangsläufig zu mehr politischem Interesse der Bevölkerung führen muss.

Seit der Einführung der Eidgenössischen Volksinitiative in der Schweiz 1891 wurden erst 17 Initiativen angenommen. Seit 1966 kamen beispielsweise über 160 Volksinitiativen zustande, nur 100 davon führten zur Abstimmung und gerade einmal 9 wurden in einer Volksabstimmung auch angenommen. 2008 erreichten 53 Prozent der in Deutschland abgeschlossenen Volksbegehren nicht einmal genügend Unterschriften, um überhaupt zum Volksentscheid zu führen. Die hohe Anzahl der erforderlichen Unterschriften stellt jedoch hierzulande eine besondere Hürde dar.

Aktuelle Stimmungslagen beeinflussen zudem das Ergebnis. Was ist, wenn in einer Volksabstimmung kurz nach dem Bekanntwerden eines schweren Verbrechens die Einführung der Todesstrafe beschlossen wird? Längst hat das Minarettverbot in der Schweiz gezeigt, dass direkte Demokratie nicht ohne Grenzen funktioniert. Mehrfach haben die BürgerInnen in der Schweiz in der Vergangenheit Volksinitiativen zugestimmt, die das Völkerrecht verletzen und nur schwer in die Praxis umsetzbar sind. Dazu gehören etwa die lebenslange Verwahrung von rückfallgefährdeten StraftäterInnen oder eben das Minarettverbot, welches in Konflikt mit dem Recht auf das freie Ausüben der Religion steht.

Und nun steht die nächste Volksinitiative vor der Abstimmung, die wiederum dem Völkerrecht widerspricht. Die sogenannte „Ausschaffungsinitiative“ der SVP fordert, dass schwer kriminelle AusländerInnen künftig automatisch in ihre Heimat abgeschoben werden, unabhängig davon, ob ihnen dort Folter droht. Dies verletzt die Genfer Flüchtlingskonvention (Art. 33, Schutz vor Ausweisung,

Grundsatz der Nichtrückschiebung). Hierbei wird besonders deutlich, dass politische Probleme meist komplex und kompliziert sind und sich oft nicht einfach in eine Ja/Nein-Abstimmungsvorlage pressen lassen.

Solche Problematiken benötigen Diskussion und fundiertes Wissen und keine mediale Schlacht um Stimmenfang, wie es im Falle des Minarettverbots in der Schweiz gegeben war. Plakate mit raketenförmigen Minaretten schürten hier Angst, waren inhaltlich fragwürdig und haben nichts zur politischen Bildung beigetragen. Nun aber steht man vor dem Dilemma, dass die Kampagnen der Initiatoren gewirkt haben und unklar ist, wie dies in geltendes Recht umgesetzt werden kann.

Wer mehr Volksbegehren in Deutschland will, muss sich auch darüber Gedanken machen, wie man den Menschen die gesamte Bandbreite an Information geben kann, die sie brauchen, um eine Entscheidung global, persönlich und gesellschaftlich richtig zu treffen und wie die Komplexität von politischen Problemen und die größtmögliche Bürgerfreundlichkeit einer Volksinitiative am besten vereinbar sind. Die Entscheidung, also die Wahl selbst, darf kein Mittel der politischen Information sein, sondern sollte Folge dessen sein.

Hinzu kommt: Die Diskussion über Sinn und Bürgerfreundlichkeit von Volksinitiativen kann erst geführt werden, wenn klar ist, wer überhaupt in den Vorzug von Mitwirkung und Mitgestaltung kommt? Soll bereits ab 16 gewählt werden? Oder was ist beispielsweise mit dem Wahlrecht für MigrantInnen?

4,6 Millionen Menschen in Deutschland mit Migrationshintergrund stammen nicht aus Ländern der Europäischen Union. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der nicht EU-Bürger beträgt länger als 17 Jahre. Diese Menschen sind ein Teil der Gesellschaft. Sie haben aber keine Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte, weil sie keine EU-Bürger sind.

Passt das in unser Bild von Demokratie?

Arne Haeger
Mitglied der Redaktion

EINSPRUCH!

Mehr Direkte Demokratie – unbedingt!

Die Forderung nach Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden und damit nach mehr direkter Demokratie auf allen staatlichen Ebenen gehört schon länger zum programmatischen Fundus der Grünen. Mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten in Kommunen, Ländern und Bund gelten als Kernelement einer lebendigen Demokratie.

Viele Grüne scheinen nur nicht damit gerechnet zu haben, dass das Instrument direkter Beteiligungsmöglichkeiten nicht ihrem Sinne genutzt werden könnte. Beispiele sind das Scheitern der Ausweitung der Parkzone in Halensee, das Schweizer Minarettverbot sowie das anstehende Volksbegehren in Hamburg gegen die Schulreform. Die Reaktionen reichen von „nicht gut genug vermittelt“ bis zu massiven Zweifeln an direkter Demokratie.

Zu dem Argument, das grüne Anliegen sei nicht genügend vermittelt worden, ist anzumerken, dass nicht alle unliebsamen Entscheidungen auf Kommunikationsprobleme zurückzuführen sind. Interessen spielen bekanntermaßen auch eine Rolle. Aber auch auf den Gedanken, dass die eigene Position möglicherweise nicht bis zu Ende durchdacht ist, kommt man nicht mehr. Kurt Tucholsky bemerkte einmal: „Das Volk weiß wenig, ahnt aber das meiste richtig.“

Die Zweifel an Direkter Demokratie äußern sich im Kern darin, dass man der Bevölkerung die Entscheidung über komplexe Sachverhalte nicht zutraut. Die Gegner der direkten Demokratie, ob von konservativer oder linker Seite, halten „die Masse“ für zu dumm, um Entscheidungen zu treffen, sie sei von Populisten leicht zu manipulieren. Das ist schlicht gesagt nur arrogant und passt in ein Obrigkeitsdenken aus dem 19. Jahrhundert. Wer dem Stimm- und Wahlvolk die Berechtigung zur Einschätzung einer politischen Frage abspricht, der sollte sein Demokratieverständnis überdenken. „Alle Macht geht vom Volk aus“ steht im Grundgesetz. Da soll das Volk keine Korrekturen direkt anbringen dürfen und auch über konkrete Fragen sich nicht abschließend äußern dürfen? Wer einem Volksentscheid grundsätzlich die Kompetenz abspricht, weil die Bürger zu (referen-)dumm seien, mehr-

heitlich richtige Entscheidungen zu treffen, muss unter gleichem Gesichtspunkt folgerichtig auch demokratische Wahlen ablehnen.

Die Angst vor Volksentscheiden mit verfassungswidrigen Ergebnissen ist unbegründet. Die Grundrechte sind unantastbar, keine Volksabstimmung käme daran vorbei. Auch direkte Voten können in Deutschland vor dem Verfassungsgericht landen. Die Gewaltenteilung gilt auch für die Direkte Demokratie.

Es ist somit keinesfalls zu akzeptieren, Direkte Demokratie auf „ungefährliche Themen“ zu beschränken wie die Frage, ob das Gemeindehaus weiß oder grün gestrichen wird. Und man sollte nicht vergessen: Fehlentscheidungen finden auch in Parlamenten statt.

Wir müssen keine Angst vor mehr Direkter Demokratie haben. Wenn die Bevölkerung nicht nur bei Parlamentswahlen, sondern auch bei Sachfragen entscheiden kann, werden heikle Themen nicht unter den Teppich gekehrt, sondern offen angesprochen. Ansonsten sind mir die eventuellen Unvollkommenheiten der direkten Demokratie lieber als der Paternalismus der politischen Klasse, wovon auch die Grünen nicht frei sind.

Christine Dörner
Mitglied der Redaktion



© Neubaumwelt



© adrian / Photocase

UN-Klimagipfel

Mission gescheitert - Kontakte geknüpft

Eigentlich waren zur gescheiterten UN-Klimakonferenz, die im Dezember 2009 in Kopenhagen stattfand, nur Staats- und Regierungschefs geladen. Aber natürlich waren während des Klimagipfels noch hunderttausende andere fachlich Interessierte in Kopenhagen. Vor allem waren es Menschen, die an den Demonstrationen teilgenommen haben – unter ihnen Stefan Ziller, naturschutzpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Felicitas Kubala, umweltpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus und Vorsitzende des Umweltausschusses, war ganz offiziell eingeladen: Sie gehörte zur Berliner Delegation, die am parallel stattfindenden Bürgermeistertreffen teilgenommen hat.

„Die Metropolen sind mehr denn je gefragt“

Während im Kopenhagener Bella-Center die Staatsoberhäupter zusammenkamen, hat Felicitas Kubala am parallel stattfindenden „Climate Summit for Mayors“ teilgenommen. Der Bürgermeistertreffen war kaum weniger international als der UN-Klimagipfel. Auch dort waren TeilnehmerInnen aus großen Metropolen von allen Kontinenten vor Ort – mal abgesehen von der Antarktis ... Für Berlin hätte Bürgermeister Klaus Wowereit teilnehmen sollen. Hätte. Aber weil dem Regierenden sein Weihnachtsurlaub wichtiger als der Klimagipfel war, hat er als Vertretung Umweltsenatorin Katrin Lompscher geschickt. So viel zur „Chefsache Klimaschutz“.

Ein wichtiger Bestandteil des Mayor's Summit war die Vorstellung von Klimaschutzprojekten in verschiedenen Großstädten. „Da gibt's wirklich tolle Sachen“, erzählt Felicitas Kubala. Insbesondere hat sie beeindruckt, wie Los Angeles es geschafft hat, 140 000 Straßenlaternen auf energiesparende LED-Leuchttechnik umzurüsten, wie geschickt die schwedische Stadt Malmö Energie aus Abfall und Abwasser gewinnt und das funktionierende Netz

aus Biogas-Bussen in Kopenhagen. „Das hat mir wieder einmal gezeigt: Klimaschutzprojekte scheitern nicht am fehlenden Know-how oder an rechtlichen Rahmenbedingungen, es mangelt es an der Umsetzung. Es gibt so viele gute Ideen – die müssen realisiert werden, wenn wir unsere Klimaschutzziele erreichen wollen, und zwar in der Breite, in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen“, resümiert Felicitas. Die Vorstellung der Projekte sei aber nicht nur als Ideenimpuls gut gewesen, sondern auch, weil es das Konkurrenzdenken unter den beteiligten Großstädten angeregt hat. „Dieser Wettbewerb ist gut. Wer im Klimaschutz besser sein will als andere, muss sich bewegen“.

„Wir sind ein riesiges Modell-Klo hinuntergeklütert“

Die TeilnehmerInnen des Mayor's Summit hatten auch Gelegenheit, sich Klimaschutzprojekte aus der näheren Umgebung anzusehen – per Biogas-Bus-Shuttle. Darunter war auch das Kopenhagener Umweltbildungszentrum, das halb von der Stadt Kopenhagen und halb von den lokalen Versorgern betrieben wird. In der Erlebnisausstellung ging es unter anderem um Energie, um Müll und um Wasser. „Zum Beispiel gab es ein riesiges Modell-Klo“, erzählt Felicitas. „Wir haben alle einen Helm aufgesetzt, sind die Kloschüssel hinunter geklettert und haben den Weg des Abwassers verfolgt. Es ging zuerst eine Leiter runter und dann in einen engen dunklen Tunnel hinein. An den Wänden war dargestellt, was mit dem Abwasser in der Kanalisation passiert. Das war wirklich sehr anschaulich.“ Ihr Wunsch: Ein ähnliches Zentrum für die Berliner Schülerinnen und Schüler aufzubauen.

Gelungener Austausch mit anderen Städten hin, interessante Exkursionen her – auch Felicitas teilt die Meinung der Klimaschutzexperten: Der UN-Gipfel in Kopenhagen ist gescheitert. Neben der verfehlten Chance zu einem neuen Klimaschutzabkommen kritisiert Felicitas vor allem die Organisation vor Ort. Obwohl sie für das Bella-Center, in dem der Gipfel stattfand, eine Akkreditierung hatte, war der Zugang mehr als schwierig und zum Schluss unmöglich. „Das lag nicht daran, dass sich die Regierungschefs verschanzten haben, sondern das lag an schlechtem Management. In das Center passen 20 000 Menschen rein, 45 000 hatten eine Registrierung – ist doch klar, dass da was nicht passt“, sagt sie.

Leider keine NGOs beim Bürgermeistertag

„Dass die Interessengruppen in den letzten drei entscheidenden Tagen keinen Zutritt zum Kongress hatten, ist schon heftig.“ Allerdings hätten ihrer Meinung nach die Nichtregierungsorganisationen (NGO) stattdessen zum Mayor's Summit vor das Kopenhagener Rathaus kommen sollen, kritisiert Felicitas. „Es war schade, dass dort keine Vertreterinnen und Vertreter von NGOs waren. Da waren zwar keine Staatschefs. Aber es waren die anwesend, die in den Kommunen vor Ort über Klimaschutz entscheiden.“

Nach Ansicht von Felicitas sind nach der gescheiterten Einigung über den Klimaschutz auf Regierungsebene jetzt die Metropolen stärker denn je gefragt. „Dass sich die Staats- und Regierungschefs nicht einigen können, ist scharf zu kritisieren, aber das heißt nicht, dass wir der Klimaerwärmung machtlos gegenüberstehen“, sagt sie. „Noch habe ich in Berlin nicht das Gefühl, dass ernsthaft und mit vereinten Kräften am Klimaschutz gearbeitet wird. Aber nur so geht's. Ich hoffe hier in Berlin auf eine mächtige neue Bewegung gemeinsam mit Interessengruppen. Das in Kombination mit einer starken grünen Fraktion baut den nötigen Druck auf, damit endlich alle bekannten Maßnahmen auch konsequent umgesetzt werden.“

„Wir müssen den Handlungsdruck für die größten Klimasünder erhöhen“

sagt Stefan Ziller: Während die Staats- und Regierungschefs von 193 Staaten im Kopenhagener Bella-Center hinter verschlossenen Türen über ein Klimaschutzabkommen verhandelt haben, haben davor hunderttausend Menschen für mehr Anstrengungen zum Klimaschutz demonstriert. Unter ihnen auch drei junge Grüne aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf: Editha Massberg, die gerade ihr Abitur macht, Georg Kössler, Mitarbeiter im Klimaschutzreferat der Heinrich-Böll-Stiftung und Stefan Ziller. Sie waren Teil der Bündnisse von Umwelt- und Menschenrechtsverbänden, die sich in Kopenhagen für Fortschritte im Klimaschutz eingesetzt haben. „Nur weiter reden, aber für sich persönlich immer wieder in Anspruch zu nehmen, noch eine letzte Klimasünde zu begehen,

hilft nicht weiter“, begründet Editha Massberg ihre Fahrt nach Kopenhagen. „Es war ein überwältigendes Gefühl, mit so vielen Menschen aus allen Teilen der Welt für das selbe Ziel zu streiten.“

Die größten Klimasünder leiden am wenigsten unter den Folgen

Stefan Ziller kann ihr da nur beipflichten: „Obwohl die Tage in Kopenhagen sehr anstrengend waren, hat es sich sehr gelohnt.“ Er war während seines Aufenthalts in der dänischen Hauptstadt unter anderem häufig im „Klimaforum für die Zivilgesellschaft“ – eine Art Nebenkongress für alle die, die von der offiziellen Veranstaltung ausgeschlossen waren. Fast rund um die Uhr hat es Vorträge zum Klimaschutz, zum Ausgleich zwischen Nord und Süd und zu konkreten Projekten gegeben. Besonders ist Stefan ein Vortrag zu den wirtschaftlichen Konsequenzen der Klimaerwärmung im Gedächtnis geblieben. Nach aktuellem Forschungsstand werden die Europäer eher vom Klimawandel profitieren, die größten Einbußen müssen hingegen die befürchten, denen es wirtschaftliche ohnehin schlechter als uns geht. „Das ist fatal“, sagt Stefan. „Auf denen, die am meisten zum Klimawandel beitragen, lastet der geringste Handlungsdruck.“ Ein Bewusstsein für eine Sache zu schaffen, für nicht erkennbare Langzeit-Auswirkungen eines Phänomens? Das ist tatsächlich mehr als nur schwierig. Da ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, gerade für uns Grüne.

„Die Aktionen der dänischen Polizei bei den Demos waren nicht nachzuvollziehen.“

Wenn Stefan sich nicht gerade ein zum Stand der Klimaforschung hat updaten lassen, war er vor allem auf der Straße bei Demonstrationen. Er selbst hat keine unangenehmen Erfahrungen mit der dänischen Polizei machen müssen, aber dafür einige seiner Bekannten, die zufällig in einen anderem Block mitgegangen sind. „Die Aktionen der dänischen Polizei waren nicht nachzuvollziehen“, sagt Stefan. „Sie haben nie Einzelpersonen festgenommen, sondern die Leute immer gruppenweise festgesetzt.“ Die Übergriffe waren seiner Ansicht nach willkürlich. „Ich hatte den Eindruck, die Polizei hat sich irgendwo hin gestellt und alle, die zufällig von dort zur Demo stoßen wollten, haben Pech gehabt.“ Für Stefan hat der Polizeieinsatz vor



allem eines gezeigt: große Hilflosigkeit. „Die UNO und das ganze Organisationskomitee waren total überfordert mit der Anzahl an Demonstranten.“ Auch Editha Massberg kritisiert die massiven präventiven Übergriffe der dänischen Polizei am Rande der Demonstrationen: „Viele Menschen wurden festgenommen, ohne dass sie sich auffällig verhalten haben und ohne dass sie eine Chance zum Demonstrieren hatten. Das darf sich nicht wiederholen.“

Auch für Stefan Ziller ist durch den Gipfel deutlich geworden: Die Regierungen werden sich so schnell nicht einigen – das heißt, die Metropolen der Welt sind um so stärker in der Pflicht. Zum Beispiel weil großen Städte mehr als die Hälfte der Emissionen in der Welt verursachen. „Der erste Halb-Schritt ist in Berlin schon gemacht: Wir diskutieren im Parlament über ein Klimaschutzgesetz. Aber es sind noch viele Hürden zu überwinden. Zum Beispiel wollte der Senat kein Geld in den Haushalt dafür einstellen und, wie bei der Umweltzone, soll es bei den geplanten Auflagen zur Gebäudesanierung eine Ausnahme für den Senat geben.“ So geht es nicht.

Vor dem Hintergrund der Nicht-Einigung der Staatsoberhäupter wird immer deutlicher: Die Städte müssen den Klimaschutz selbst in die Hand nehmen. Das Treffen der Millionenstädte, das im Juni 2010 in Berlin stattfindet, muss ein deutliches Zeichen für die internationale Klimakonferenz im Juli 2010 in Bonn setzen.

Djuke Nickelsen
Mitglied der Redaktion

Wowi – ein Wintermärchen

von Jürgen Roth

Berlin ein Wintermärchen. Da zeigt sich die Stadt von ihrer wild-romantischen Seite. Verschneite Gehwege und lustig rutschende Omis auf der Steißbeinbremse. Im rot-roten Berlin kommt sogar die Hartz IV-Kundschaft auf ihre Kosten. Sie dürfen sich kostenlos am Anblick von Schneelawinen ergötzen, nicht in St. Moritz, aber auf dem Dach über dem Hauptbahnhof.

Gerade vor den öffentlichen Gebäuden erfreut sich die Vorbereitung auf die Olympiade wachsender Beliebtheit. Schlüpfriig war vor allem die Feuerwehr; da war es ganz besonders glatt. Das ist aber auch vernünftig so. Wer sich dort auf der Straße lang legt, muss nicht erst umständlich von weiter entfernten Ecken herbeigeschafft werden. Wenn man schon hinfällt, dann doch bitte vor der Feuerwehr oder noch besser direkt vor dem Krankenhaus. Das verkürzt die Wege und senkt somit die Personalkosten bei der Bergung. Die Stadt hat schließlich nichts zu verschenken.

Viel Spaß macht allen auch das Schieben von Kinderwagen durch Schnee und Matsch. Wenigstens da haben es Mütter mit Format beim Schieben mal etwas leichter. Das klappt dann wie beim olympischen Bobfahrern. Die spät berufenen Muttis in nachweihnachtlicher Diät haben es da eindeutig schwerer, ihren Claudius Theodor ohne Eiszapfen am Hinterteil nach Hause zu schieben. Um hier das gestörte Gleichgewicht aber wieder herzustellen, sollten die Görenkutschen demnächst besser mit Motor und Schneeketten auf den Markt kommen.

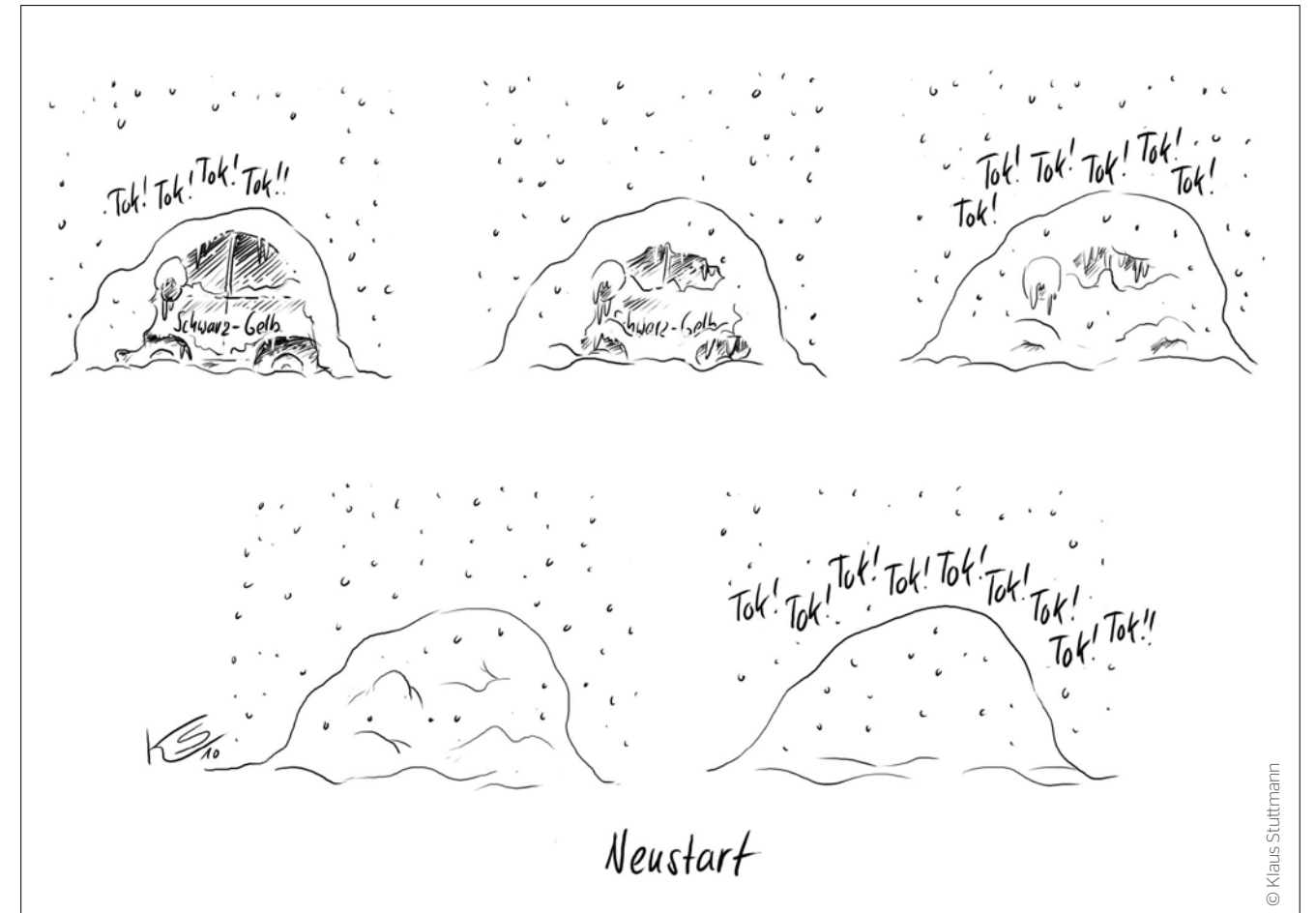
Der Winter überwindet die Klassenschranken. Alle müssen ihr Päckchen tragen, sogar die Bundeskanzlerin. Sie ist nicht mehr ganz dicht; jedenfalls regnet es ihr ins Büro. Löchrig ist nicht nur der Staatssäckel, sondern auch das Kanzleramt. Frau Merkel wird wohl ihren Amtssitz, die „Waschmaschine“, in Bälde mit einem Exil im Hotel tauschen müssen. Der Herr von Finck hat doch sicher im Mövenpick noch was frei. Immerhin ist das CDU-Familienoberhaupt grob benachteiligt. FDP und CSU bekommen dicke Spendenmillionen; da kann der Herr Baron Frau Merkel doch nicht auf ihren Töpfchen sitzen lassen.

Während die Kanzlerin mit dem Eimer durchs Haus rennt, geht es in den Berliner Forsten und den angrenzenden Wohngebieten bereits vorolympisch zu. Ein angeschossenes Wildschwein sorgte mitten im Januar bei Wanderern für ein besondere Fitness-Erlebnis. Die Sau ist los! Wer da nicht fix genug verschwindet oder einen Baum erklimmt, bekommt es mit einem wild gewordenen Keiler zu tun. Der hatte bekanntlich eine Kugel im Hintern, was immer für üble Stimmung sorgt: typisch Männer!

Apropos schlechte Laune. Die gibt es zuhauf in unseren Schulen. Hier tropft es bekanntlich durch die maroden Dächer. Hihi – da werden doch glatt die Spickzettel auf dem Klo nass. Warum wird das Tropfwasser nicht zentral in der Hausmeister-Badewanne gesammelt. So kommt der gute Mann wenigstens mal zu einer kostenlosen Feinwäsche.

Berlin ist eine Herausforderung zu allen Jahreszeiten. Wer aber mitten im Winter als Obdachloser in den falschen Schlafsack kriecht, friert doch glatt am U-Bahn-Geländer fest. Das gibt zwar Halt, macht aber irgendwie klamm. Immerhin kann in der Zeit niemand mit dem Einkaufswagen abhauen. Die kommen im Matsch nur schlecht voran. Schnee schaufeln vor den Schächten findet hierzulande eh nicht statt. Pech für den Dieb.

Ein Naturerlebnis der besonderen Art konnte wieder einmal die geliebte Berliner S-Bahn bieten. Sogar die Berliner Besucher wissen: Die Bahn kommt immer erst dann, wenn der Bahnsteig proppevoll ist. Wozu noch Zeittakte oder Fahrpläne. Da kommen auf dem Bahnsteig und in den Zügen echte Gemeinschaftsgefühle auf. Die Viren fliegen transparent von Mund zu Mund. So nahe sind sich die Menschen sonst nur im Swinger-Club.



Auch die Bahn AG, Mutterschiff unserer maroden Stadtbahn, macht es nicht besser. Da war doch tatsächlich Schnee in die Motoren gekommen. Wie hieß es früher einmal bei der Bahn: „Alle reden vom Wetter – wir nicht“. Lang ist das her. Heute müssen sich die Bahnbosse erklären lassen, was der Winter ist. Meine Herren, da ist es kalt und Regen fällt gelegentlich als Eiskristalle vom Himmel. Wir sind doch nicht in Nordkorea. Da ist jede Jahreszeit Schuld an der Katastrophe.

Freuen wir uns also auf den Frühling. Da können wir wieder die unbepflanzten öffentlichen Beete bewundern, die Schlaglöcher bestaunen und bei lauen Temperaturen noch länger die auf die S-Bahn warten. Diesmal sind bestimmt die Gaspedale abgebrochen oder die Türen lassen sich nicht mehr schließen. Unsere Hausgemeinschaft möchte auch endlich den beiden Schlaglöchern vor unserem Haus zur Silbernen Hochzeit gratulieren.

Es ist in Wowis Berlin wie bei Antonio Vivaldi. Jede Jahreszeit bekommt zwar eine neue Melodie. Fragt sich nur, wer die spielt und wer den Takt schlägt. Manchmal sollte man eben den Dirigenten zum Teufel jagen. Dann erst freuen sich alle auf die warme Jahreszeit.

Jürgen Roth ist Kreisvorsitzender des KV Tempelhof-Schöneberg



Zwischen Wahl und Skandal

Strana Zelených – Die tschechischen Grünen

von Arne Haeger

Nach 16-jährigem Bestehen gelang der tschechischen Partei der Grünen – der Strana Zelených (SZ) – 2006 erstmals der Einzug ins Parlament und sogleich beteiligten sie sich an der Regierung. Seit dem Auseinanderbrechen der Regierung 2008 fristet die SZ jedoch ein ungewisses Dasein. Bei den Europawahlen 2009 schnitten sie so schlecht wie nie ab und auch für die kommenden Parlamentswahlen im Juni ist das Ergebnis völlig offen. Woher kommen die tschechischen Grünen und wohin gehen sie?

Mehr als nur Öko

Unter dem Motto „Mehr Lebensqualität“ setzen sich die Grünen zum einen für klassische grüne Themen wie die Öko-Steuer, ein LKW-Verbot an Wochenenden und die allmähliche Abwendung von traditionellen Energieressourcen ein. Auf der Agenda stehen aber auch Themen, die in Westeuropa bereits zum Standard gehören, für die es in Tschechien aber noch keine politische Lobby gibt: Verbraucherschutz, Menschenrechte, Gleichberechtigung von Mann und Frau. Auch der Einfluss der Energiegesellschaft ČEZ ist den Grünen ein Dorn im Auge. Mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt, Transparenz bei Nebeneinkünften von Politikern und besonders der Abbau von Bürokratie sind Hauptanliegen der tschechischen Grünen.

Lobbyismus, Korruption und Unabhängigkeit der Medien sind Schlagwörter im Wahlprogramm, die zeigen, dass die SZ weit mehr als eine Öko-Partei ist. Gerade die europäische Ebene nimmt breiten Raum im Parteiprogramm der tschechischen Grünen ein. Heute koordiniert die Partei ihre Politik auch mit anderen europäischen Grünen – ein entscheidender Schritt zum Erfolg.

Die Anfänge

Jochen Aulbach, Leiter der Berliner LAG Europa von Bündnis 90/DIE GRÜNEN erklärt: „Eine schlechte Vernetzung mit grünen NGO und ständige innerparteiliche Differenzen prägten die Partei in ihren ersten Jahren. Der bislang erste Durchbruch gelang 2002, als eine große Anzahl von NGO-Aktivistinnen in die Partei eintrat und erste Wahlerfolge auf kommunaler Ebene zu verzeichnen waren.“ In diesem Zusammenhang sei auch der heutige Vorsitzende Liška in die Partei gekommen. Ein weiterer Schritt vorwärts sei der Beitritt des ambitionierten Martin Bursík 2004 und seine Wahl zum Parteivorsitzenden 2005, so Jochen Aulbach. „Seine Rolle für die SZ ist vielleicht mit der von Joschka Fischer für die deutschen Grünen vergleichbar. Er hat die SZ in Tschechien als ernst zu nehmende Kraft etabliert und auf Regierungskurs getrimmt. Das hat ihm innerparteilich ähnlich viele Freunde und Feinde eingebracht wie Joschka bei uns.“ Die Parallelen seien vielleicht auch deshalb nicht zufällig, weil Bursík ein Ziehsohn von Milan Horáček gewesen sei, der zum engsten Freundeskreis um Joschka Fischer gehörte. „Angeblich soll er ihn persönlich entdeckt und zum Beitritt bei den Grünen getrieben haben. Horáček gilt allgemein als graue Eminenz der tschechischen Grünen“, so Jochen Aulbach.

Der erste Durchbruch

2006 erlangte die SZ erstmals sechs Sitze im Abgeordnetenhaus und begab sich sogleich in eine „schwarz-grüne“ Koalition mit der ODS (wirtschaftsliberal und europaskeptisch) und der KDU-ČSL (christlich-demokratisch). Doch Richtungskämpfe pro und contra Regierungsbeteiligung innerhalb der SZ wurden auch über die Medien ausgetragen. Einer der Streitpunkte war die Zustimmung der Grünen zu der Stationierung von US-Raketen in Tschechien. Nach längeren Konflikten traten im November 2008 zwei Parlamentsabgeordnete aus der grünen Fraktion aus und machten Politik gegen die Regierung. Im März 2009 wurden sie deshalb aus der Partei ausgeschlossen und begannen eine neue – grüne – Partei zu gründen.

Rebellen bringen Regierung zu Fall

Eva van de Rakt, Büroleiterin der Heinrich-Böll-Stiftung in Prag, geht davon aus, dass es bei den Auseinandersetzungen kaum um Inhalte ging, sondern vorrangig um persönliche Rivalitäten: „Die Abgeordnete Olga Zubová ist mittlerweile Vorstandsmitglied der soeben neu gegründeten Demokratischen Partei der Grünen. 20 Jahre nach dem politischen Umbruch in Mittel- und Osteuropa und dem Fall der Berliner Mauer wirkt diese Parteibezeichnung befremdlich. Die Gründung dieser Partei wurde seit Monaten vorbereitet und ihr Ziel scheint vor allem zu sein, der SZ zu schaden.“

„Die SZ galt bei ihrem Wahlerfolg 2006 als neue unverbrauchte Kraft, die im Gegensatz zu den anderen Parteien glaubwürdig und ohne Skandale war. Diesen Nimbus hatte sie nun verspielt“, meint Jochen Aulbach. Das schwache Ergebnis bei der Europawahl 2009 nur wenige Monate nach dem Höhepunkt der parteiinternen Querelen und dem Bruch der Koalition sei die Folge dieser Entwicklung.

Das Vertrauen zurück gewinnen

Für die Chancen der SZ bei den Neuwahlen im Frühjahr 2010 sei die Frage entscheidend, ob ihr ein Neuanfang abgenommen wird und sie wieder als glaubwürdig angesehen wird, so Jochen Aulbach. „Die spannende Frage ist, ob die SZ bei den WählerInnen schon wieder genug Vertrauen zurück gewinnen konnte.“ Im Nachhinein sei es ein Fehler gewesen, dass die SZ schon nach ihrem ersten Einzug ins Parlament 2006 sich direkt an einer Regierung beteiligt hat, sagt Aulbach. „Das hat die Partei innerlich zerrissen und ihrer öffentlichen Wahrnehmung stark geschadet. Es wäre wahrscheinlich besser gewesen, sich erst als unabhängige politische Kraft zu etablieren und stabilisieren.“

Kopf des Quartals: Hans-Werner Franz



Manchmal braucht es eben doch eine dritte Kraft. Der Chefdrängler um Aufklärung in Sachen S-Bahn-Chaos kommt weder aus der Bahntochter selbst, noch aus der Politik. VBB-Chef Hans-Werner Franz, seit fast acht Jahren im Auftrag von zwei Bundesländern, 14 Landräten und vier Stadtoberhäuptern kreisfreier Städte damit betraut, den regionalen Nahverkehr zu ordnen, war von Beginn an die deutlichste Stimme, wenn es darum geht, Transparenz einzufordern und die Ursachen für Zugausfälle, Reparaturstau, Personalmangel, Informationsdefizite – sprich: das gesamte S-Bahn-Systemversagen – zu benennen.

Viel Kraft und Zeit hat Franz seit 2002 darauf verwendet, 40 Nahverkehrsunternehmen „auf Linie zu bringen“. Obwohl mit fortschreitendem Wettbewerb, sinkenden öffentlichen Zuschüssen und weniger Linienbestellungen gerade in der Fläche die Lust der Unternehmen zur Kooperation deutlich schwand, kann man ohne weiteres von einem einheitlichen Produkt ÖPNV in Berlin und Brandenburg sprechen. Dazu gehören schwierigen Verhandlungen um den gemeinsamen Tarif, Fahrplanabstimmungen, technische Vereinheitlichungen – und ganz sicher ein gutes Nervenkostüm.

Der Anspruch drohte das Unternehmen zu Beginn fast zu zermalmen, alle Nahverkehrsangebote in der Region unter einem Dach zu versammeln, um den Menschen aus Berlin und Brandenburg und vor allem auch denen, die hier zu Gast sind, die Suche nach dem gerade richtigen Fahrschein für das gewählte Verkehrsmittel genauso zu ersparen, wie überflüssige Wartezeiten, ein Wirrwarr von Logos und Bezeichnungen. Zu vielfältig waren und sind die Interessen der Metropole, ihres Umlands und der Fläche.

Dass es dennoch gelungen ist, ist dem ständigen Ausgleich zwischen Fahrgästen, Politik, Verwaltung und Unternehmen zu verdanken. Die Fähigkeit von Franz, dazu klare Ansagen zu formulieren, hat viel dazu beigetragen, dass sein Verbund schon längst viel mehr ist, als nur „ein einheitlicher Fahrschein“.

Dass der VBB-Geschäftsführer dieses Werk nicht nun durch Missmanagement und Profitgier der Bahnmanager gefährdet sieht, ist nachvollziehbar. Die S-Bahn ist ein tragender Pfeiler des Verbundes, wie sie auch eine wesentliche Stütze der hauptstädtischen Verkehrsarchitektur ist. Franz mahnte als erster zu Entschädigungen, analysierte die Abwanderung von Fahrgästen weg vom ÖPNV und baute Druck dadurch auf, die Möglichkeiten zu benennen, mit Auslaufen des S-Bahn-Vertrags im Jahr 2017 eine neue Betreiberfirma zu verpflichten.

Natürlich muss konstatiert werden, dass Mr. VBB die S-Bahn auch mit Genugtuung öffentlich anklagt. Zu oft haben S-Bahner mit Verweis auf ihre Konzernmutter die Kooperation verweigert, zu hemdsärmelig und rücksichtslos hat das abgelöste Management ihren Sparkurs auf Kosten von einheitlichen Standards durchgedrückt. Franz, einst von einem privaten Verkehrstechnik-Anbieter in das öffentliche Unternehmen gewechselt, ist damit ganz Anwalt der Kundinnen und Kunden, der darauf achtet, dass die vereinbarten Regeln für alle gelten. Man muss sich wünschen, dass der Verbund durch die Krise auch an politischem Einfluss gewinnt. Mutmaßlich hält uns das weiteres Chaos vom Leib.

*André Stephan
Mitglied der Redaktion*

Dresden: Mit 10 000 Menschen Nazi-Aufmarsch verhindert

Ein Großaufgebot von DemokratInnen hat am 13. Februar ein starkes Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt. Mehrere tausend Nazis wollten an diesem Tag durch die Dresdner Neustadt marschieren und auf ihre Weise an die Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg erinnern. In deren Darstellung sind einzig und allein die Deutschen Opfer einer anglo-amerikanischen Verschwörung. Die Bombardierung der Stadt habe nichts mit dem von Nazi-deutschland begonnenen Krieg zu tun gehabt.

Gegen diese braune Geschichtsklitterung machte ein breites bundesweites Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften und Verbänden mobil. Mehr als 10 000 Menschen aus Dresden und dem ganzen Bundesgebiet beteiligten sich an Friedensgebeten, einer großen Menschenkette um die Altstadt und vor allem an friedlichen Blockaden entlang der angekündigten Marschrouten.

Mit dabei: Etwa 2000 BerlinerInnen, die mit mehr als 30 Bussen anreisten. Darunter vier von Bündnis 90/Die Grünen. Vor Ort empfing uns eine Heerschar der Polizei. Schon kurz nach der Abfahrt von der Autobahn in Richtung Dresden-Neustadt hieß es: Umdrehen! Denn dieser Stadtteil sollte an diesem Tag ausschließlich für die Nazis reserviert sein. Alle Gegenkundgebungen und auch unser Bus wurden auf die andere Elbseite, in die Dresdener Altstadt, verbannt. Alle Brücken waren von der Polizei gesperrt, hier war kein Durchkommen für alle die, die sich dem braunen Mob friedlich entgegenstellen wollten. In der Luft gut ein Dutzend Polizeihelikopter.

Mehrere tausend Menschen schafften es trotzdem, in die Neustadt zu gelangen. Hier hatte sich das Bündnis ein ausgeklügeltes Konzept überlegt. Entlang aller möglichen Aufmarschrouten der Nazis waren Blockaden organisiert. Hier versammelten sich so viele Menschen, dass die Polizei diese Blockaden nicht räumen konnte, sondern den Nazis ihren Aufmarsch versagen musste. Die Sicherheit der Teilnehmenden habe sie sonst nicht garantieren können, so eine Polizeisprecherin.

Als kurz vor Einbruch der Dunkelheit klar wurde, dass es definitiv keinen Aufmarsch geben würde, eskalierte die Stimmung der seit Stunden wartenden Rechtsextremen. Steine und Flaschen flogen in Richtung Polizei und JournalistInnen, vereinzelt versuchten die Nazis, die Ab-

sperrungen zu durchbrechen. „Straße frei der deutschen Jugend“, donnerte es über den Platz. Doch alles Grölen nützte nichts. Gegen 17 Uhr mussten sie die Versammlung offiziell für beendet erklären.

Für uns war der Tag ein voller Gewinn. Die Nazis konnten keinen Meter weit marschieren, die Proteste verliefen im Großen und Ganzen friedlich und auch die Rückreise der Teilnehmer fand ohne nennenswerte Zwischenfälle statt. Das grüne Konzept gegen Rechtsextremismus bewies sich erneut als tragfähig: Im Kampf gegen Nazis dürfen wir uns nicht allein auf den Staat verlassen. Verbote von rechtsextremen Parteien, Vereinen oder Aufmärschen sind kein Allheilmittel. Wir wollen mit grünen Rezepten ein Klima der Toleranz und des gegenseitigen Respekts schaffen. Denn Nazis sind dort stark, wo zivilgesellschaftliche und staatliche Angebote fehlen – gerade im ländlichen Raum. Starkes bürgerschaftliches Engagement kann ihnen den Boden entziehen. **Dazu müssen alle Kräfte vereint werden. Der Kampf gegen Nazis ist für alle DemokratInnen Pflicht. Hier müssen alle mit ins Boot!**

Rechtsextreme Aufmärsche sind nur die offensichtlichsten Symptome eines gesamtgesellschaftlichen Problems. Die Tatsache, dass in Studien 60 Prozent der Befragten der These „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ überwiegend,

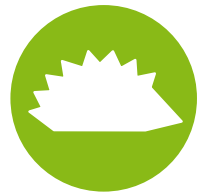
teilweise oder voll und ganz zustimmen, oder 36 Prozent teilweise, überwiegend oder voll und ganz glauben, dass „die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“ sind, lässt die Dimension erahnen.

Daher ist unsere Zielrichtung klar: Wir müssen die Verankerung rechts-extremen Gedankenguts in die Zivil-

gesellschaft verhindern. Wir müssen unsere Demokratie stark machen gegen Rechts. Demokratische Initiativen aktivieren Kräfte, beraten vor Ort und unterstützen Opfer rechtsextremer Gewalt. Diese Gruppen brauchen eine dauerhafte und ausreichende Förderung. Eine Gleichsetzung von Rechtsextremismus mit Linksextremismus und Islamismus, so wie es der aktuelle Tenor der Bundesregierung und allen voran Familienministerin Kristina Schröder ist, ist eine gefährliche Bagatellisierung des Problems.

*Daniel Gollasch
Koordinator der AG "Aktiv gegen Rechts"*





Finger weg von meinem Schampus!

Ihr Lieben,
ich habe diese Gentrifizierungsdebatte lange ignoriert und nicht verstanden. Wenn ich den Weg in mein ausgebauten Dachgeschoss nahm, vorbei an Nicht-Erwerbstätigen, an deutschen Ureinwohnern türkischer Herkunft und an den beiden WG, mein Sicherheitssystem entriegelte, mich mit meinem Kaffee auf die Dachterrasse setzte, nach Wasserflecken auf meinen Fenstern suchte, um der Haushaltshilfe den Lohn zu kürzen und hinunter auf die Straße schaute, dachte ich: Was soll denn hier bitte gentrifiziert sein? Da im Land des Neides und der Besitzwahrungsansprüche „Gentrifizierung“ ja auch „Yuppiesierung“ heißt, widerlegte sich die These von selbst, denn Yuppies waren wahrlich weit und breit nicht in Sicht. Yuppies lebten im G8-Berlin, in Mitte und Prenzlauer Berg.

Sicher, ein paar Dinge haben sich verändert, doch zu wessen Leid? Zu dem Türkisch auf der Straße kamen eben Italienisch, Spanisch und Englisch. Aus der Dönerbude wurde eine Lounge mit Pannini, Crossini, Cantuccini und Espresso (weswegen ich lange glaubte, Gentrifizierung sei nur meine perverse Verniedlichung der deutschen Sprache durch die Kolonialisierung des „i“). Die Autos und damit ihre Ölflecken verschwanden von der Straße auf die Balkone, d-a-n-k-e Carlofts! Der Zeitungsverkäufer hatte neben der taz auch die wortgewaltige Bild im Anschlag. Den die Bild kaufenden Mann am Nachbartisch ließ man gewähren, obwohl ich innerlich erregt darauf gewartet hatte, dass man ihn genüsslich abschlachten würde. Abgesehen von der offensichtlichen Verblödbildisierung und den konstant feiernden Erasmusstudenten fand ich die meisten Anzeichen der Veränderung begrüßenswert. Doch in Wahrheit war ich blind und bildblöd, denn jetzt weiß ich: Die Gentrifizierung ist eine Gefahr, ein sich breit machendes, saufendes, raubendes Monster.

Ausgerechnet Lidl lehrte mich dies. Ich besuche die Überwachungshölle des Proletariats ungerne, doch meine Putzfrau verlangt nach deren Kalkreiniger und außerdem bewertet der SuperSchoppenShopper

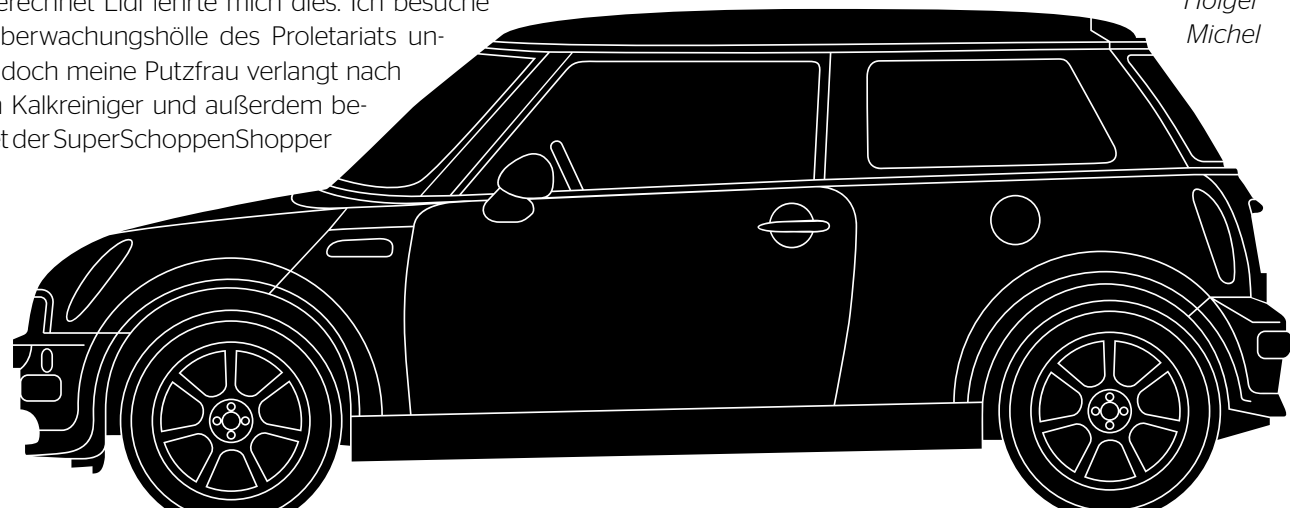
2009 den Lidl-Champagner mit Bestnote. Letzte Woche also gehe ich strammen Fußes in meinen Lidl, geradewegs zum Champagnerregal, greife in die Kiste – leer. Prosecci (schon wieder dieses i). Wein, Schnaps, aber kein Champagner. Mit zitternder Stimme frage ich, wo denn mein Champagner ist. „Ausverkauft“. „Nein“, ich lächle freundlich, „der kann gar nicht ausverkauft sein Frau Lidl, den kann sich hier doch keiner leisten“. „Heute Morgen warn da drei Kisten. Und wenner nich gerade mit dem Räucherlachs ne Party feiert, isser wohl ausverkauft.“

Es ist also wahr. Die Gentrifizierer sind da, verdrängen die Nicht-Champagnertrinker und bedrohen damit die Existenz der Existenzialisten. Ich sehe schon die Nachbarn ihre Wohnung vergrößern und Schatten auf mein japanisches Kirschbäumchen werfen. Ede Stoiber wusste, was mit Gentrifizierern zu tun ist: Puff, Peng, Knall. Bruno, der bayrische Problembär, der Vierbeingentrifizierer, hat mit seiner Anwesenheit den Freistaat auch nachhaltig verändert. Er hätte früher wissen müssen, dass ein Schafe verdrängender, weil fressender Italiener ohne gültige Papiere in Bayern wenig Spaß haben, erschossen und ausgestopft werden würde. Unseren Gentrifizierern geht es da deutlich besser, wir zünden nur ihre Autos an.

Wir Anti-Gentrifizierer wirken vielleicht doof, wir sind es aber nicht. Liebe VerdrängerInnen, eure Argumente, dass ihr Häuser saniert, Steuern zahlt, Kinder produziert, Kieze entwickelt, das alles haben wir längst durchschaut, die wahren Absichten längst erkannt. Unser Friedensangebot lautet: Trinkt Latte Macchiati, lest die Schöner Wohnen, nehmt eure Autos mit ins Wohnzimmer – aber lasst uns unseren Schampus.

In diesem Sinne – kauft euch ein i.

Holger
Michel



© Neubaumwelt



LESERBRIEF

Mehr Klartext

In der letzten Ausgabe der „Stachligen Argumente“ (Nr. 176/Dez. 2009) war in Interviews und Aufsätzen viel davon die Rede, künftig „anders leben, anders produzieren“ zu müssen, „unsere eigenen Probleme“ zu lösen und die „Neue Mitte“ zu gewinnen. So richtig das alles ist oder sein mag: Mit Blick auf die Berliner Wahlen 2011 müssen wir schon konkreter werden, wenn wir mit unserem Wahlprogramm die Stimmen der WählerInnen gewinnen wollen, die uns zurzeit in manchen Umfragen vorhergesagt werden.

Wir brauchen in diesem Jahr eine Programmdebatte, die darauf präzise Antworten gibt. Was haben die Leute von den Berliner Grünen zu erwarten, wenn es 2011 zu deren Regierungsbeteiligung kommt? So richtig es ist, Bildung, Klimaschutz, Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe in den Mittelpunkt des Programms zu rücken, so notwendig ist es auch, den Menschen zu sagen, was das „anders“ zu bedeuten hat, welche Veränderungen, aber auch welche Chancen damit verbunden sind.

Wir müssen Antworten auf die drängenden Fragen geben: Sicherheit

und Schaffung von Arbeitsplätzen, Chancen- und Generationengerechtigkeit, soziale Absicherung und bezahlbarer Wohnraum, Bekämpfung der Kinder- und Altersarmut. Dabei dürfte die Frage der Polit-Choreographie, ob nun mehr „Mitte“ oder mehr „Links“, nur von nachrangigem Interesse sein: Unsere Lösungsvorschläge müssen konkret und aussagekräftig sein. Je klarer wir in unseren Aussagen sind, desto größer sind die Chancen, noch mehr Menschen von den grünen Zielen zu überzeugen: Die Leute wollen wissen, was Sache ist und was sie von grüner Regierungsbeteiligung zu erwarten haben.

Umso wichtiger ist es, so schnell wie möglich den Prozess der Programmdiskussion einzuleiten. Wir können dabei auf die Erfahrungen früherer Jahre zurückgreifen. Allerdings kommt es dabei darauf an, möglichst viele Mitglieder und das grüne Umfeld in die Meinungsbildung einzubeziehen. So wäre denkbar, das Programm in einem abgestuften Prozess zu entwickeln:

Den Dialog und den Austausch mit Initiativen und Verbänden der Zivilgesellschaft auf Landes- und Bezirk-

sebene zu organisieren, die dabei entstandenen Ergebnisse, z.B. auf einer Strategiekonferenz vor der Sommerpause 2010, zu bündeln und daraus folgend die Erarbeitung des Wahlprogramms 2011 auf den Weg zu bringen.

Gerade bei dem letzten Punkt kommt es auf die Diskussion zwischen den Kreisverbänden und LAGen an. Hier sollte nicht nur in den bisher angewandten Formen von Wochenendveranstaltungen, an denen sich meistens immer nur ein fachlich interessierter Teil der Mitgliedschaft beteiligt, sondern auch in der Breite diskutiert werden. Dies kann in „Regionalkonferenzen“ erfolgen, aber auch in gemeinsamen Sitzungen von Kreisverbänden erfolgen, die vielleicht zu verschiedenen Themen unterschiedliche Positionen vertreten. Entscheidend ist dabei, dass das zu verabschiedende Wahlprogramm möglichst breit vom ganzen Landesverband getragen wird. Je breiter der Konsens dabei ist, desto größer sind die Aussichten auf ein erfolgreiches Wahlergebnis.

**Jürgen Wachsmuth,
KV Charlottenburg-Wilmersdorf**




GRÜNER MIETEN-KONGRESS

13. MÄRZ 2010
10-19 Uhr

Meventum Berlin
Triftstraße 67
13353 Berlin-Wedding

(Änderungen vorbehalten)

Kongress

Grüne

Berlin mitgestalten!

Wie wollen wir in dieser Stadt zusammen leben?

26. und 27. März 2010 in Berlin
Ballhaus Rixdorf, Kottbuser Damm 76

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN laden Menschen mit Migrationshintergrund zur offenen Diskussion ein



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDESVERBAND BERLIN

Landesfrauenkonferenz
27.02.2010

**Berlin Goes Gender,
Berlin ist vielfältig!**



Veranstaltungsort:
Hotel Aquino Tagungszentrum
Hannoversche Straße 5b
10115 Berlin-Mitte